

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:

Editorial Seite 210

GI Aktuell Seite 210

Steuerberaterhaftung Seite 211

Belehrungspflicht / Ausländischer Unternehmer / Umsatzsteuerhaftung des Leistungsempfängers, §§ 51 ff UStDV / Buchführungsmandat / Vorkontierung des Mandanten (BGH, Urt. v. 22.4.1999 - IX ZR 112/98)

Rechtsanwalt und Steuerberater Seite 213

Kammerbeiträge / Bemessung der beruflichen Umsätze (BGH, Beschl. v. 25.1.1999 - AnwZ [B] 48/98)

Praxisveräußerung Seite 216

Schlichtungsklausel / Arglistenwand (BGH, Urt. v. 18.11.1998 - VIII ZR 344/97)

Abschlußprüfung Seite 218

Schutzbereich zugunsten der Bank? / Leichtfertiges und gewissenloses Handeln, § 826 BGB (OLG Düsseldorf, Urt. v. 15.12.1998 - 24 U 27/98, n.rkr.)

Gründungsprüfung Seite 225

Umwandlung GmbH in AG / Haftung (OLG Hamm, Urt. v. 21.10.1998 - 25 U 95/97)

Steuerberaterhonorar Seite 229

Mittelgebühr / Zeitgebühr eines Steuerfachgehilfen / Verjährungsunterbrechung (LG Aschaffenburg, Urt. v. 7.5.1998 - 2 S 289/97)

GI Hinweis Seite 231



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

der Bundesgerichtshof weist den Steuerberater auf seine erhöhten **Belehrungspflichten** hin, wenn er die **Buchhaltung des Mandanten** erstellt und dieser **ausländische Geschäftspartner** hat.

Er muß den Mandanten darüber belehren, daß er Umsatzsteuer für Werklieferungen und sonstige Leistungen eines im Ausland ansässigen Unternehmens einbehalten und an das Finanzamt abzuführen hat (§ 51 UStDV). Andernfalls läuft dieser Gefahr, für die Steuer zu haften, wenn der Geschäftspartner die USt nicht abführt.

Eine interessante Entscheidung zur **Dritthaftung des Wirtschaftsprüfers aus einem Prüfungsauftrag** gegenüber dem Kreditgeber des Mandanten legt das OLG Düsseldorf vor.

Die Einschränkung der Drittwirkung auf Sachverhalte, in denen eine Einwilligung des Wirtschaftsprüfers zur Weitergabe des Prüfberichts an Dritte gegeben ist, kann in **Allgemeinen Auftragsbedingungen** wirksam vereinbart werden.

Eine Drittwirkung entfiel auch wegen des fehlenden **zeitlichen Zusammenhangs**: Der Prüfbericht stammte vom Januar und das Kreditgespräch fand erst im September statt.

Zur Verjährungsunterbrechung einer Honorarforderung des Steuerberaters kommt es nicht darauf an, daß im Honorarprozeß eine einforderbare Rechnung i.S.d. § 9 StBGebV vorliegt. Es genügt, wenn in der mündlichen Verhandlung eine ordnungsgemäße Rechnung vorgelegt wird.

Das Urteil des LG Aschaffenburg setzt sich noch mit der Mittelgebühr und der Zeitgebühr für eine Steuerfachangestellte auseinander.

Das **neue GI-Spezial „Rechtsprechung zum Steuerberaterhonorar 1980-1999“** hat die erwartete **große Nachfrage** ausgelöst. Es kann zu geringfügigen Auslieferungsverzögerungen kommen.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BFH: Steuerliche Berücksichtigung von Aufwendungen für eine künstliche Befruchtung

Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) können Aufwendungen für die künstliche Befruchtung, die einem Ehepaar zu einem gemeinsamen Kind verhelfen soll, das wegen Empfängnisunfähigkeit der Ehefrau sonst von ihrem Ehemann nicht gezeugt werden könnte (homologe künstliche Befruchtung) **außergewöhnliche Belastungen i.S.v. § 33 des Einkommensteuergesetzes (EStG)** sein (Urt. v. 18.6.1997 - III R 84/96, BFHE 183, 476 = BStBl II 1997, 805).

Der BFH hat nun in einem weiteren Verfahren (Urt. v. 18.5.1999 - III R 46/97) entschieden, daß dies für Aufwendungen **nicht gelten kann, die im Zusammenhang mit der Befruchtung von Eizellen einer empfängnisfähigen, aber mit einem zeugungsunfähigen Mann verheirateten Frau mit den Samen eines Dritten entstanden sind**; insoweit fehle es an der Zwangsläufigkeit der Aufwendungen. Die steuerliche Berücksichtigung von Kosten für medizinische Maßnahmen setze nach § 33 EStG voraus, daß sie dem Steuerpflichtigen zwangsläufig entstehen, wie dies nach der Rechtsprechung bei solchen für eine Krankenbehandlung unterstellt werde. Die (heterologe) künstliche Befruchtung zielen hier aber nicht auf die Überwindung der Unfähigkeit des Ehemannes ab, genetische Nachkommen zu haben. Sie sei **keine Krankheitsbehandlung des Ehemannes**.

(BFH, Urt. v. 18.5.1999 - III R 46/97)

Pressemitteilung d. BFH v. 22.7.1999

Richtigstellung

Der Leitsatz des Urteils des OLG Düsseldorf vom 20.11.1997 - 13 U 25/97, abgedruckt in GI 1999, 64, muß unter 1. wie folgt lauten:

1. Dem **Steuerberater** ist es nicht erlaubt, Abschlagszahlungen auf Steuerberaterhonorare zu verrechnen, die erst danach in Rechnung gestellt wurden.

Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht
- Ausländischer Unternehmer
- Umsatzsteuerhaftung des Leistungsempfängers, §§ 51 ff UStDV
- Buchführungsmandat
- Vorkontierung des Mandanten
(BGH, Urt. v. 22.4.1999 - IX ZR 112/98)

Leitsatz:

Ein Steuerberater, der an Umsatzsteuervoranmeldungen mitzuwirken hat, trägt grundsätzlich auch die Verantwortung dafür, daß zutreffende Angaben über im Abzugsverfahren nach den §§ 51 ff UStDV anzumeldende und abzuführende Mehrwertsteuer gemacht werden.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte war als Steuerberater in den Jahren 1993 bis Mitte 1996 von der Klägerin mit Buchhaltungsarbeiten einschließlich der Mitwirkung bei der Erstellung der Umsatzsteuervoranmeldungen beauftragt.

Bis Anfang 1995 führten zwei in Frankreich ansässige Unternehmen Stahlverlegungsarbeiten für die Klägerin aus. Während die Rechnungen hierfür zunächst ohne Mehrwertsteuer ausgestellt wurden, wurde ab Juni 1993 die Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen und von der Klägerin zusammen mit dem restlichen Teil des Werklohns an die französischen Unternehmen ausgezahlt. Diese führten die Mehrwertsteuer nicht an die deutsche Finanzverwaltung ab. Sie sind inzwischen insolvent.

Am 2.5.1996 erließ das zuständige Finanzamt gegen die Klägerin einen Haftungsbescheid über die nicht abgeführte Mehrwertsteuer von insgesamt 85.907,93 DM.

Die Klägerin nimmt den Beklagten, dem sie Verletzung seiner Pflichten als Steuerberater vorwirft, auf Ersatz jenes von ihr an das Finanzamt gezahlten Betrages in Anspruch.

Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen. Mit der Revision verfolgt die Klägerin den Klageanspruch weiter.

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

Aus den Gründen:

I.

Die Revision greift die Feststellung des Berufungsgerichts an, der Beklagte habe keinen umfassenden Steuerberatungsauftrag gehabt, sondern sei nur für die „Buchführung nach vom Auftraggeber kontierten Belegen“ i.S.d. § 33 Abs. 3 StBGebV zuständig gewesen. Sie wendet sich ferner dagegen, daß das Berufungsgericht die Behauptung der Klägerin, der Beklagte habe sie ausdrücklich angewiesen, die Mehrwertsteuer an die französischen Unternehmen auszuzahlen, für nicht bewiesen gehalten hat. Auf dies alles kommt es indessen nicht an, weil auch auf der Grundlage der vom Berufungsgericht insoweit getroffenen Feststellungen der Beklagte aus den unter II. genannten Gründen den der Klägerin entstandenen Schaden zu ersetzen hat.

II.

Nach Ansicht des Berufungsgerichts war der Beklagte im Rahmen seines Auftrags nicht verpflichtet, die einzelnen Rechnungen „auf steuerliche Risiken zu überprüfen“; er habe vielmehr davon ausgehen können, daß die für die Klägerin tätige Buchhaltungshilfe die Buchungen ordnungsgemäß vorgenommen habe. Dem Beklagten habe bei einer groben Durchsicht der Belege auch nicht auffallen müssen, daß Mehrwertsteuer unzulässigerweise an einen ausländischen Unternehmer ausgezahlt worden sei.

Die darin liegende rechtliche Beurteilung greift die Revision mit Erfolg an.

1. Nach den auf der Grundlage des § 18 Abs. 8 UStG erlassenen Bestimmungen der §§ 51 ff UStDV hat der deutsche Unternehmer die Steuer für umsatzsteuerpflichtige Werklieferungen und sonstige Leistungen eines im Ausland ansässigen Unternehmens grundsätzlich einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen (§ 51 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStDV). Das gilt nur dann nicht, wenn der ausländische Unternehmer keine Rechnung mit gesondertem Steuernachweis erteilt hat und der deutsche Leistungsempfänger bei gesondertem Ausweis vorsteuerabzugsberechtigt wäre (§ 52 Abs. 2 UStDV); im vorliegenden Fall wurde seit 1993 die Steuer gesondert ausgewiesen.

Soweit die Abzugs- und Abführungspflicht besteht, ist die Steuer binnen zehn Tagen nach Ablauf des Voranmeldungszeitraums – bei nicht

voranmeldungspflichtigen Leistungsempfängern binnen zehn Tagen nach Ablauf eines Kalender- vierteljahres – auf amtlichem Vordruck beim zuständigen Finanzamt anzumelden und gleichzeitig die angemeldete Steuer an das Finanzamt abzuführen (§ 54 Abs. 1, 2 UStDV). Nach § 55 UStDV haftet der Leistungsempfänger für die anzumeldende und abzuführende Steuer. Voranmeldungspflichtige Leistungsempfänger haben die Anmeldung in dem Voranmeldungs-vordruck vorzunehmen (*Bunjes/Geist, UStG 4. Aufl., § 18 Anm. 32*).

2. Auch wenn das Mandat des Beklagten auf die in § 33 Abs. 3 StBGebV beschriebene Tätigkeit beschränkt war, gehörte es, wie zwischen den Parteien unstreitig ist, jedenfalls zur Aufgabe des Beklagten, für die **Umsatzsteuervoranmeldungen** zu sorgen. Die ordnungsgemäße Vorbereitung dieser Erklärungen ist als geschäftsmäßige Hilfeleistung bei der Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldungen den steuerberatenden Berufen vorbehalten. **Es handelt sich dabei um einen mit der Berechnung der Steuer durch den Unternehmer selbst verbundenen Steueranmeldungs-vorgang, der umfassende Kenntnisse des Umsatzsteuerrechts voraussetzt und im Interesse der Allgemeinheit und des Steuerpflichtigen anderen Personen als einem ausgebildeten steuerlichen Berater nicht überlassen werden darf** (*BFHE 138, 129, 133*).

Mit der Übernahme dieser Aufgabe trug der Beklagte grundsätzlich auch die Verantwortung dafür, daß bei der Ausfüllung des nach Kenntnis des Senats im Umsatzsteuervoranmeldungs-vordruck vorgesehenen Abschnitts II „Anmeldung der Umsatzsteuer im Abzugsverfahren (§§ 51–56 UStDV)“ zutreffende Angaben gemacht wurden. Dieser Verantwortung ist er fahrlässig nicht gerecht geworden. Das ergibt sich schon aus seinem Vortrag, die Umsatzsteuervoranmeldung sei lediglich ein „Abfallprodukt aus der erfaßten Buchhaltung“, sie werde automatisch ausgedruckt, „ohne jegliche Veränderungs- und Zusatzmöglichkeiten seitens (des) Beraters“. **Die Mitwirkung eines Steuerberaters darf sich nicht, wie der Beklagte gemeint hat, darin erschöpfen, daß er seinen Stempel und seine Unterschrift auf den durch „Ausdruck“ ausgefüllten Vordruck setzt. Dazu bedürfte es nicht der Inanspruchnahme eines Steuerberaters.**

Es mag sein, daß der Beklagte nicht dazu verpflichtet war, das ihm überlassene – vorkontierte – Buchungsmaterial eigens zur Ermittlung von Vorgängen zu sichten, die die Abzugspflicht

nach den §§ 51 ff UStDV auslösen konnten. Es kann hier auch offenbleiben, ob er, um seinen **Mitwirkungspflichten** bei der Anfertigung der Umsatzsteuervoranmeldungen zu genügen, auch unter anderen als den hier vorliegenden Umständen danach hätte fragen müssen, ob der Klägerin dem Steuerabzug zu unterwerfende Entgelte in Rechnung gestellt worden waren.

Nach den Feststellungen, die das Berufungsgericht auf der Grundlage des insoweit übereinstimmenden – mündlichen – Vortrags der Parteien getroffen hat, war für den Beklagten jedenfalls aus der Kennziffer, mit der in den Kontenblättern die Rechnungen der französischen Unternehmen versehen waren, erkennbar, daß es sich um einen im EU-Ausland ansässigen Unternehmer – beide Betriebe waren in einer Hand – handelte. Daraus war zwar noch nicht mit Sicherheit zu entnehmen, daß eine Pflicht zum Abzug und zur Abführung der Steuer bestand. Der Beklagte war jedoch unter diesen Umständen verpflichtet, sich durch Einsichtnahme in die betreffenden – ihm vorliegenden – Belege oder notfalls durch Rückfrage bei der Geschäftsführerin der Klägerin oder dem dafür zuständigen sonstigen Personal Gewißheit darüber zu verschaffen, worum es sich bei jenen Geschäftsvorfällen handelte.

Die Erwägung des Berufungsgerichts, es habe immer noch die Möglichkeit bestanden, daß der ausländische Unternehmer die Steuer an das Finanzamt abführe, räumt jene Pflicht des Beklagten nicht aus. **Bei offenem Ausweis der Mehrwertsteuer muß der deutsche Leistungsempfänger die Steuer einbehalten und abführen. Selbst wenn tatsächlich der jeweilige französische Geschäftspartner der Klägerin die Steuer abgeführt hätte, hätte der Beklagte sie darauf hinweisen müssen, daß sie, sobald das nicht mehr geschah, dem Finanzamt gegenüber haftete und ihr dann wegen der Auszahlung der Steuer an den ausländischen Unternehmer ein Schaden drohte**, falls sie von diesem keinen Ersatz erlangen konnte.

III.

Das Berufungsurteil muß danach aufgehoben werden. Die Sache ist nicht entscheidungsreif. Das Berufungsgericht hatte bisher von seinem Standpunkt aus keinen Anlaß, der Behauptung des Beklagten, er habe der Klägerin empfohlen, die an die französischen Unternehmen ausbezahlten Mehrwertsteuerbeträge mit deren späteren Werklohnforderungen zu verrechnen, sowie

deren Vortrag, das sei zu jenem Zeitpunkt nicht mehr möglich gewesen, nachzugehen. Das muß nunmehr nachgeholt werden.

Dabei wird das Berufungsgericht auch Gelegenheit zur Feststellung haben, in welchem Umfang der der Klägerin entstandene Schaden noch hätte verhindert werden können, wenn der Beklagte anlässlich der Vorarbeiten für die Umsatzsteuervoranmeldungen die Klägerin auf ihre Abzugspflicht hingewiesen hätte. Damit die zu diesen Fragen erforderliche tatrichterliche Würdigung – gegebenenfalls nach ergänzendem Parteivortrag – vorgenommen werden kann, ist die Sache an das Berufungsgericht zurückzuverweisen.

Rechtsanwalt und Steuerberater

- Kammerbeiträge
- Bemessung der beruflichen Umsätze
(BGH, Beschl. v. 25.1.1999 – AnwZ [B] 48/98)

Leitsatz:

Eine Rechtsanwaltskammer ist nicht berechtigt, bei einer auf berufliche Umsätze abstellenden Bemessung der Kammerbeiträge Einnahmen von zugleich als Steuerberater zugelassenen Mitgliedern aus typisch steuerlicher Tätigkeit in gleicher Weise wie Einnahmen aus typisch anwaltlicher Tätigkeit zu berücksichtigen.

Zum Sachverhalt:

Der Antragsteller ist als Rechtsanwalt und Steuerberater zugelassen. Er wird sowohl von der Steuerberaterkammer als auch von der Rechtsanwaltskammer, der Antragsgegnerin dieses Verfahrens, zu Beiträgen herangezogen.

Die Steuerberaterkammer erhebt von jedem Mitglied einen Beitrag in gleicher Höhe. Nach der von der Mitgliederversammlung der Antragsgegnerin am 7.5.1994 beschlossenen Beitragsordnung (BO) werden von den Mitgliedern ein Kammergrundbeitrag sowie ein Zuschlag zum Kammergrundbeitrag erhoben. Der Grundbeitrag für die Jahre 1993 und 1994 beträgt jeweils 120 DM. Der Zuschlagsbetrag ist nach § 2 Nr. 2 BO wie folgt zu ermitteln:

„Der Zuschlagsbetrag ist ein vom Umsatz abhängiger Beitrag. Umsatz ist der Gesamtbetrag der vereinnahmten, umsatzsteuerbaren Entgelte aus anwaltlicher Tätigkeit als Rechtsbeistand, ferner mit beiden Berufen zusammenhängender sowie steuerberatender und wirtschaftsprüfender Tätigkeit, wobei hierunter sämtliche Einkünfte fallen, die aus selbständiger Tätigkeit, die der Rechtsanwalt ausüben darf, erzielt werden. Diese Regelung gilt für angestellte Rechtsanwälte und Rechtsbeistände entsprechend.

Bei Syndikusanwälten und Mitgliedern in Anstellungsverhältnissen sind den Umsätzen die Jahresbruttobezüge hinzuzurechnen, die sie von ihren Dienstherren erhalten. Syndikatsmitglieder und Mitglieder in Anstellungsverhältnissen können die Zuschlagsberechnung der Bruttobezüge durch Zahlung eines Pauschalbetrages abgelten, dessen Höhe von der Kammerversammlung festgesetzt wird.“

Der Antragsteller wendet sich dagegen, daß zur Berechnung des Zuschlagsbetrages auch die Umsätze aus steuerberatender Tätigkeit herangezogen werden, und ist der Auffassung, eine solche Art der Berechnung sei von der der Rechtsanwaltskammer gesetzlich eingeräumten Kompetenz zur Beitragserhebung nicht gedeckt.

Der Antragsteller, der nach seinen Angaben in den hier für die Beitragsbemessung maßgeblichen Jahren 1992 und 1993 Umsätze aus anwaltlicher Tätigkeit in Höhe von 95.405 DM und 69.700 DM, aus steuerberatender Tätigkeit dagegen von 234.857 DM und 325.180 DM erzielte, hat eine Ermäßigung seiner Kammerbeiträge für 1993 und 1994 beantragt. Diesen Antrag hat die Antragsgegnerin zurückgewiesen.

Der dagegen gerichtete Antrag auf gerichtliche Entscheidung hatte keinen Erfolg. Die vom Anwaltsgerichtshof zugelassene sofortige Beschwerde führte zur Aufhebung der vom Antragsteller angefochtenen Entscheidungen.

Aus den Gründen:

1. Der Beschwerdeführer bezieht sich auf den in erster Instanz gestellten Antrag, der lediglich auf eine gerichtliche Entscheidung über die Ermäßigung des Zuschlags zum Kammergrundbeitrag für die Jahre 1993 und 1994 gerichtet ist, also keine Bezifferung enthält. Gleichwohl ist der Antrag hinreichend bestimmt; denn aus dessen Begründung geht hervor, daß der Antrag-

steller eine Berechnung des Zuschlags erstrebt, die allein die anwaltliche Tätigkeit berücksichtigt. Die für eine entsprechende Berechnung seiner Ansicht nach maßgeblichen Umsätze hat der Antragsteller genannt.

2. Der Antragsteller wendet sich zu Recht gegen § 2 Nr. 2 BO, soweit die Bestimmung vorsieht, daß zu den für die Berechnung des Zuschlags maßgeblichen Entgelten uneingeschränkt auch die Umsätze des Mitglieds aus dessen steuerberatender Tätigkeit gehören.

a) § 89 Abs. 2 Nr. 2 BRAO ermächtigt die Kammerversammlung, die Höhe der von dem einzelnen Mitglied zu entrichtenden Beiträge festzusetzen. Regelungen über die Art und Weise der Beitragsbemessung enthält die Vorschrift nicht. Damit ist der Kammer jedoch keine unbeschränkte Befugnis eingeräumt worden. Deren notwendige Begrenzung ergibt sich aus den geltenden Gesetzen, insbesondere dem rechtlich anerkannten Begriff des Beitrags, sowie der Satzung der Rechtsanwaltskammer.

Als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts (§ 62 Abs. 1 BRAO) sind die Rechtsanwaltskammern in besonderem Maße verpflichtet, ihre Mitglieder gleichmäßig zu behandeln. Sie dürfen zwar unterschiedlich hohe Beiträge festsetzen. Die gewählte Bemessungsgrundlage muß dann aber gewährleisten, daß ungerechtfertigte Belastungen vermieden werden (vgl. BGHZ 55, 244, 245).

Mitgliedsbeiträge zu den berufsständischen Kammern sind Beiträge im rechtlichen Sinne. Sie sollen den mit der Mitgliedschaft verbundenen besonderen Vorteil abgelten und müssen daher entsprechend diesem Nutzen bemessen werden. **Insbesondere das Äquivalenzprinzip und der Gleichheitssatz sind zu beachten** (BVerwGE 39, 100, 107 f; 92, 24, 26 f; BVerwG-NVwZ 1990, 1167; vgl. auch BVerfGE 9, 291, 297 f; 14, 312, 317).

Kann eine Anknüpfung der Beiträge einer Mitgliedsgruppe an die gesamten beruflichen Einkünfte trotz der grundsätzlich zulässigen Typisierung und Pauschalierung nicht mehr im Hinblick auf die Vorteile aus der Kammermitgliedschaft gerechtfertigt werden, ist dies bei der Beitragsbemessung zu berücksichtigen. Zwar besteht zwischen dem Erhebungsanlaß und dem Vorteil des Mitglieds nur ein mittelbarer Zusammenhang. Der Nutzen des einzelnen kann häufig nicht konkret erfaßt werden.

Bei der hier gebotenen typisierenden Betrachtung ist es daher im Ansatz gerechtfertigt anzunehmen, daß das Maß der aus der Kammermitgliedschaft herrührenden Vorteile mit der Höhe der beruflichen Einkünfte steigt. Jedoch trifft dies nur für solche Einnahmen zu, die in vergleichbarer Weise den Schluß auf einen entsprechenden Nutzen aus der Mitgliedschaft zulassen (BVerwGE 92, 24, 27).

b) Einnahmen eines Rechtsanwalts, der zugleich Steuerberater ist, können nicht in der danach erforderlichen Weise in voller Höhe mit Umsätzen aus anwaltlicher Berufsausübung gleichgesetzt werden. Ein solcher Rechtsanwalt gehört rechtlich zwingend zwei verschiedenen Kammern an. Daher ist typisierend im Rahmen einer Anwendung des Äquivalenzprinzips zwischen dem Nutzen zu unterscheiden, den ihm die Mitgliedschaft in der Anwaltskammer gewährt, und demjenigen, der mit der Mitgliedschaft in der Steuerberaterkammer verbunden ist.

Diese Unterscheidung läßt sich nur so vornehmen, daß sie sich nach dem Verhältnis richtet, in dem die typisch steuerlichen zu den üblichen anwaltlichen Tätigkeiten stehen. Wird die Berechnung des Beitrags der Rechtsanwaltskammer – hier des Zuschlagsbetrages zum Grundbeitrag – von der Höhe der Einkünfte des Mitglieds abhängig gemacht, **stellt es daher einen Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip und den Gleichheitssatz dar, wenn die Einkünfte aus der Steuerberatertätigkeit uneingeschränkt mit herangezogen werden** (a.A.: EGH Hamburg, BRAK-Mitt 1992, 219, 220; Feuerich/Braun, BRAO 4. Aufl., § 89 Rdnr. 17).

aa) Der Gesetzgeber hat im Steuerberatungsgesetz den Aufgabenkreis und die Rechtsstellung des Steuerberaters in ebenso umfassender Weise wie das Berufsrecht der Rechtsanwälte in der Bundesrechtsanwaltsordnung geregelt.

Steuerberater und Steuerbevollmächtigte sind seit 1975 in einheitlichen Steuerberaterkammern zusammengeschlossen, denen im wesentlichen die gleichen Aufgaben obliegen wie den Rechtsanwaltskammern. **So haben sie insbesondere die Kammermitglieder in Fragen der Berufspflicht zu beraten und zu belehren, auf Antrag bei Streitigkeiten unter den Mitgliedern oder zwischen den Mitgliedern und ihren Auftraggebern zu vermitteln und die Erfüllung der den Mitgliedern obliegenden Pflichten zu überwachen** (vgl. § 73 Abs. 2 Nr. 1–4 BRAO, § 76 Abs. 2 Nr. 1–4 StBerG).

§ 3 BRAO beschreibt die Aufgabe des Rechtsanwalts als Berater und Vertreter des Rechtssuchenden in allen Rechtsangelegenheiten. Nach § 33 StBerG haben Steuerberater und Steuerbevollmächtigte in Steuersachen zwar ebenfalls ihre Auftraggeber zu beraten und zu vertreten; daneben tritt nach dieser Vorschrift aber die Aufgabe, ihnen bei der Bearbeitung ihrer Steuerangelegenheiten und bei der Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten Hilfe zu leisten. Dazu gehört auch die Hilfe bei der Erfüllung von Buchführungspflichten, die aufgrund von Steuergesetzen bestehen (§ 33 Satz 2 StBerG). Dies schließt die Durchführung rein mechanischer Arbeitsgänge bei der Buchführung ein. Demgemäß enthält die Steuerberatergebührenverordnung für die Fertigung des Abschlusses und die Erledigung der Buchführung besondere Gebührentabellen (vgl. Kolbeck/Peter/Rawald, Kommentar zum Steuerberatungsgesetz 43. Lieferung 1997, § 10 StBGebV Rdnr. 10 ff), während die Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung diese Tatbestände überhaupt nicht erwähnt.

Solche Dienstleistungen im Bereich der Organisation des Rechnungswesens, der Buchführungshilfe, der Abschlusserstellung sowie der Vorbereitung und Ausführung von Steuererklärungen bilden einen Hauptteil der typischen Aufgaben des Steuerberaters. Nach im Schrifttum anzutreffenden Schätzungen machen sie etwa 90 % der täglichen Arbeit des Steuerberaters aus (vgl. Kolbeck/Peter/Rawald, a.a.O., § 33 StBerG Rdnr. 1; Pausch, Finanz-Rundschau 1979, 441). Zwar ist auch ein Rechtsanwalt berechtigt, alle diese Aufgaben zu erledigen. Nach der Darstellung des Antragstellers, die die Antragsgegnerin nicht in Zweifel gezogen hat, kommt dies jedoch in der Praxis selten vor. Solche Tätigkeiten haben im Rahmen einer Anwaltskanzlei im Regelfall untergeordnete Bedeutung.

bb) Besteht danach für den Steuerberater heute eine dem anwaltlichen Berufsrecht vergleichbare rechtliche Ordnung der Berufsausübung und unterscheidet sich gleichzeitig die typische Tätigkeit beider Berufe voneinander, so daß der nicht zugleich als Steuerberater zugelassene Anwalt im allgemeinen nur einen Teil der von § 33 StBerG genannten Aufgaben wahrnimmt, fehlt es an einem tragfähigen rechtlichen Grund, für die Bemessung des Kammerbeitrags eines zugleich als Steuerberater zugelassenen Anwalts den gesamten aus Steuerberatung erzielten Umsatz ebenso zu behandeln wie die aus anwaltlicher Tätigkeit im engeren Sinne herrührenden Einkünfte.

Ein Anwalt, der zugleich der Steuerberaterkammer angehört, wird sich in aller Regel allein dorthin wenden, wenn hinsichtlich solcher Tätigkeiten, die üblicherweise nur von Steuerberatern erledigt werden, Fragen oder Streitigkeiten entstehen. Bei ihm bildet daher nicht der gesamte beruflich erzielte Umsatz ein Indiz für die aus der Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer resultierenden Vorteile.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Satzung einer Ärztekammer beanstandet, die für die Beitragsbemessung die Einkünfte der ausschließlich an den Hochschulen theoretisch arbeitenden Grundlagenmediziner denjenigen der im öffentlichen Dienst praktisch tätigen Ärzte gleichgesetzt hatte, weil den Hochschulmedizinern schon mit Rücksicht auf die Aufgabe der Kammer keine vergleichbare Wahrnehmung und Förderung ihrer beruflichen Belange zuteil werde (BVerwGE 92, 24, 27 f).

Dieser Gesichtspunkt ist entsprechend für das Verhältnis des nur als Rechtsanwalt tätigen zu dem zugleich als Steuerberater wirkenden Mitglied der Rechtsanwaltskammer heranzuziehen. Im Rahmen der gebotenen typisierenden Betrachtung ist davon auszugehen, daß ein Rechtsanwalt mit gleichzeitiger Zulassung als Steuerberater hinsichtlich aller steuerlichen Tätigkeiten in erster Linie mit der Steuerberaterkammer zusammenarbeiten wird.

Folglich hat er hinsichtlich dieses Teils seiner Berufsausübung von vornherein einen geringeren Vorteil aus der Zugehörigkeit zur Rechtsanwaltskammer als diejenigen seiner Berufskollegen, die ihre Einkünfte ausschließlich aus typisch anwaltlicher Tätigkeit erzielen. **Das zeigt sich insbesondere auch auf den Gebieten der Ausbildung der mit steuerlichen Angelegenheiten befaßten Mitarbeiter sowie der steuerlichen Fortbildung.**

Dies darf in Anbetracht des Zwecks, dem die Heranziehung zu einem Kammerbeitrag dient, bei dessen Bemessung nicht unberücksichtigt bleiben.

3. Die für den Fall doppelter Kammerzugehörigkeit gebotene Unterscheidung zwischen Einkünften aus steuerlicher und aus anwaltlicher Tätigkeit ist auch hinreichend praktikabel. Diese Unterscheidung kann danach vorgenommen werden, welche konkrete Tätigkeit typischerweise allein zur **Steuerberatung** gehört. **Das trifft für die Hilfeleistung bei der Abgabe**

von Steuererklärungen, für die Erstellung von Steuerbilanzen, die Vornahme von Buchführungsaufgaben sowie für sonstige Tätigkeiten im Bereich der Organisation des Rechnungswesens zu.

Beratung bei der Gestaltung von Verträgen sowie die Vertretung von Mandanten nach Erlaß des Steuerbescheides gegenüber dem Finanzamt oder vor Gericht gehören dagegen im Rahmen einer solchen Unterscheidung – auch dann, wenn es allein um steuerliche Fragen geht – zur typisch anwaltlichen Tätigkeit. Dies gilt erst recht für die Vertretung des Auftraggebers in einer das Steuerrecht betreffenden Straf- oder Bußgeldsache. (...)

Praxisveräußerung

- Schlichtungsklausel
- Arglisteinwand

(BGH, Urt. v. 18.11.1998 – VIII ZR 344/97)

Leitsatz:

Ist in einem Vertrag über die Übernahme einer Steuerberaterpraxis vereinbart, bei Meinungsverschiedenheiten der Vertragspartner solle zunächst ein Schlichtungsversuch vor der zuständigen Steuerberaterkammer gemacht werden, so ist eine vor Durchführung des Schlichtungsverfahrens erhobene Klage unzulässig (Bestätigung des Senatsurts. v. 23.11.1983 – VIII ZR 197/82, WM 1984, 178 = NJW 1984, 669).

Dies ist jedoch nicht der Fall, wenn die Durchführung des vom Kläger eingeleiteten Schlichtungsverfahrens daran gescheitert ist, daß sich der Beklagte geweigert hat, seinen Anteil an den Gebühren der Steuerberaterkammer zu bezahlen; in diesem Falle steht der Berufung auf die Schlichtungsvereinbarung der Gegenstand der unzulässigen Rechtsausübung entgegen (Fortführung von BGHZ 102, 199).

Zum Sachverhalt:

Der Kläger begehrt vom Beklagten die Zahlung des restlichen Kaufpreises aus einem notariell beurkundeten Vertrag über die Veräußerung seiner Steuerberaterpraxis in Höhe von 210.000 DM zuzüglich Zinsen. In Nr. XI des Vertrages heißt es unter anderem:

„Ein Rechtsschutzbedürfnis zur Anrufung des Gerichtes soll bei allen tatsächlichen und rechtlichen Streitigkeiten aus diesem Vertrage einschließlich seiner Wirksamkeit erst gegeben sein, wenn die Steuerberaterkammer zuvor von den Vertragsparteien angerufen wurde, die Berufungskammer einen Vermittlungsversuch gemacht und dessen Erfolgslosigkeit bestätigt hat.“ (Schreibfehler original)

Der Kläger rief nach erfolgloser Zahlungsaufforderung an den Beklagten die zuständige Steuerberaterkammer mit der Bitte um Schlichtung an. Die Steuerberaterkammer forderte gemäß ihrer Gebührenordnung von beiden Parteien die Zahlung eines je hälftigen Gebührenvorschusses. Der Beklagte zahlte den auf ihn entfallenden Gebührenanteil nicht. Aus diesem Grund führte die Kammer das Schlichtungsverfahren nicht fort. Gegen die daraufhin im Urkundenprozeß erhobene Klage hat der Beklagte unter anderem eingewandt, das in Nr. XI des Vertrages vorgesehene Güteverfahren habe nicht stattgefunden.

Das Landgericht hat die Klage als unzulässig abgewiesen; das Berufungsgericht hat die Berufung des Klägers zurückgewiesen. Hiergegen richtet sich die Revision des Klägers.

Aus den Gründen:

1. Da der Beklagte in der Revisionsverhandlung nicht vertreten war, ist über die Revision des Klägers antragsgemäß durch Versäumnisurteil zu entscheiden. Inhaltlich beruht die Entscheidung allerdings nicht auf einer Säumnisfolge, sondern auf der Berücksichtigung des gesamten Sach- und Streitstandes, soweit er in der Revisionsinstanz angefallen ist (vgl. BGHZ 37, 79, 81).

2. Das Berufungsgericht hat die Klage, wie das Landgericht, als derzeit unzulässig angesehen, weil das in Nr. XI des notariellen Praxiskaufvertrages vereinbarte Güteverfahren vor der Steuerberaterkammer noch nicht durchgeführt worden sei. Die Vertragsklausel sei als Güte- oder Schlichtungsklausel auszulegen, durch die die Anrufung der ordentlichen Gerichte einstweilen gesperrt werde.

Obwohl der Beklagte den auf ihn entfallenen Kostenvorschuß nicht an die Steuerberaterkammer gezahlt habe, sei er nicht gehindert, sich auf die Schlichtungsklausel zu berufen. Es sei nicht Sache einer Partei, ein gegen sie eingelei-

tetes Verfahren dadurch zu fördern, daß sie einen – sei es auch anteiligen – Kostenvorschuß leiste; vielmehr entspreche es einer „natürlichen Regung“, daß die mit einem Verfahren überzogene Partei für diesen Angriff nicht auch noch zahlen wolle. Folge sie dieser „natürlichen Regung“, so könne daraus nicht der Vorwurf treuwidrigen Verhaltens abgeleitet werden.

3. Dies hält rechtlicher Überprüfung nicht stand.

a) Zutreffend ist freilich der rechtliche Ansatz des Berufungsgerichts. Es sieht in der Vertragsbestimmung unter Nr. XI eine sogenannte **Schlichtungs- oder Güteklausel, durch die die Anrufung der staatlichen Gerichte so lange ausgeschlossen wird, bis die zuständige Steuerberaterkammer den Versuch unternommen hat, zwischen den Parteien eine einvernehmliche Regelung herbeizuführen**. Gegen diese tatrichterliche Auslegung der Klausel sind Bedenken weder geltend gemacht noch ersichtlich. Sie folgt den Grundsätzen, die der Senat in einem vergleichbaren Fall – Verkauf einer tierärztlichen Praxis – aufgestellt hat (*Urt. v. 23.11.1983 – VIII ZR 197/82, WM 1984, 178 = NJW 1984, 669 unter 2 c*).

Das Berufungsgericht geht ferner stillschweigend von der Wirksamkeit der vereinbarten Schlichtungsklausel aus. Auch hiergegen bestehen keine rechtlichen Bedenken. Vertragsgegenstand ist eine bis dahin vom Kläger betriebene und an den Beklagten veräußerte Steuerberaterpraxis. Die Abrede, daß im Streitfall vor Anrufung der staatlichen Gerichte ein Güteversuch vor der zuständigen berufsständischen Vertretung zu unternehmen ist, entspricht dem berechtigten Interesse beider Parteien (*vgl. auch insoweit das Senatsurt. v. 23.11.1983, a.a.O., unter 2 d*).

b) Die Erfolglosigkeit eines vorherigen Güteversuches seitens der Steuerberaterkammer stellt keine von Amts wegen zu beachtende Prozeßvoraussetzung dar; vielmehr ist die **Schlichtungsklausel vom Gericht nur dann zu beachten, wenn sich eine Partei auf sie beruft** (*vgl. Senatsurt. v. 23.11.1983, a.a.O., unter 2 b*); nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hat dies der Beklagte getan.

c) Sowohl der Sinn und Zweck als auch die prozessualen Wirkungen der hier in Rede stehenden Schlichtungsklausel ähneln somit denjenigen eines **Schiedsvertrages**, durch den nach

dem Parteiwillen die Anrufung der staatlichen Gerichte allerdings auf Dauer ausgeschlossen werden soll. Daher sind auch die Voraussetzungen, unter denen der Berufung auf die Schlichtungsklausel der Treuwidrigkeitseinwand (§ 242 BGB) entgegensteht, entsprechend zu beurteilen wie bei der Schiedsvertragseinrede i.S.d. § 1032 Abs. 1 ZPO.

Dies verkennt an sich auch das Berufungsgericht nicht. Bei seiner Bewertung der Nichtzahlung des anteiligen Gebührenvorschusses seitens des Beklagten mit Blick auf die Treuwidrigkeit seiner gleichwohl erfolgten Berufung auf die Schlichtungsklausel hat es jedoch die einschlägige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht beachtet.

Im Urteil vom 12.11.1987 (*BGHZ 102, 199, 202 f*) ist ausgeführt, der Schiedsvertrag verpflichte beide Parteien, bei der Durchführung des Schiedsverfahrens mitzuwirken, insbesondere die üblicherweise von einem Schiedsgericht geforderten Kostenvorschüsse anteilig zu zahlen. **Leiste der Beklagte seinen Gebührenanteil nicht und erhebe er gleichwohl die Schiedseinrede, so begründe ein derartiges Verhalten für den Kläger die Gegeneinrede der Arglist**. Dies gilt aus den genannten Gründen entsprechend, wenn die Parteien keinen Schiedsvertrag geschlossen, sondern – wie hier – eine Schlichtungsklausel vereinbart haben.

In dem der Entscheidung des Bundesgerichtshofs zugrundeliegenden Sachverhalt war der Beklagte außerstande, die zur Durchführung des Schiedsverfahrens erforderlichen Vorschüsse anteilmäßig aufzubringen. Die dort aufgestellten Grundsätze müssen mindestens in gleicher Weise gelten, wenn der Beklagte seine Mitwirkung verweigert, obwohl er den auf ihn entfallenden Beitrag leisten könnte. **Der Kläger ist nicht verpflichtet, die für das Schlichtungsverfahren erforderlichen Vorschüsse in vollem Umfang zu zahlen (BGHZ, a.a.O., 202 f) oder den Beklagten auf dessen Anteil gerichtlich in Anspruch zu nehmen**.

d) Die Zulässigkeit der Klage kann daher nicht wegen der Berufung des Beklagten auf die Schlichtungsklausel verneint werden. Da der Rechtsstreit dem Revisionsgericht nur insoweit angefallen ist, sind weitere Fragen zur Zulässigkeit und Begründetheit der Klage in dieser Instanz nicht zu prüfen (*BGH, Urt. v. 11.7.1985 – III ZR 33/84, WM 1986, 402 = NJW 1986, 2765 unter IV*).

Vielmehr war der Rechtsstreit, da beide Vorinstanzen mit unzutreffender Begründung die Zulässigkeit der Klage verneint haben, in entsprechender Anwendung von § 538 Abs. 1 Nr. 2 ZPO an das Landgericht zurückzuverweisen (BGH, Urt. v. 4.6.1996 – IX ZR 261/95, WM 1996, 1411 unter III). Die durch die Rechtsmittel entstandenen Gerichtskosten sind nicht zu erheben (§ 8 Abs. 1 Satz 1 GKG).

Abschlußprüfung

- Schutzbereich zugunsten der Bank?
- Leichtfertiges und gewissenloses Handeln, § 826 BGB
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 15.12.1998 – 24 U 27/98, n.rkr.)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich eines Prüfungsauftrags hängt nicht davon ab, daß diese dem Wirtschaftsprüfer namentlich bekannt sind. Der Kreis der unter die Schutzpflicht fallenden Personen darf nicht uferlos ausgeweitet werden, sondern ist auf eine klar abgrenzbare, überschaubare Personengruppe beschränkt.
2. Wird der Prüfungsauftrag nicht im Zusammenhang mit einer bestimmten Finanzierungsmaßnahme erteilt und gibt es keinen unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang – Prüfvermerk im Januar 1992 und erste Kreditgespräche im September 1992 –, ist der Kreis der Dritten unüberschaubar. Andernfalls müßte eine Vielzahl von Banken in den Schutzbereich einbezogen werden, da der Mandant den geprüften Abschluß bei verschiedensten Kreditverhandlungen bei unterschiedlichen Gelegenheiten über einen längeren Zeitraum herangezogen hat.
3. Der Wirtschaftsprüfer kann seine Haftung gegenüber Dritten wirksam durch die Vereinbarung und Beifügung der Allgemeinen Auftragsbedingungen beschränken. Nach Nr. 7 Abs. 2 haftet er nur nach schriftlicher Zustimmung zur Weitergabe oder aus Aufträgen, aus denen sich die Einwilligung zur Weitergabe an bestimmte Dritte ergibt.
4. Zur Darlegungs- und Beweislast eines leichtfertigen und gewissenlosen Prüferhandelns bei Bilanzmanipulationen.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin verlangt von dem Beklagten, der zum maßgeblichen Zeitpunkt als Wirtschaftsprüfer tätig war, Schadenersatz.

Im Herbst 1992 beantragten die S.F. GmbH und die H.F. oHG bei der Klägerin die Einräumung einer ungesicherten Kreditlinie über 30 Mio. DM zwecks Vorratsfinanzierung. Diese beiden Unternehmen gehörten zur F-Gruppe, die von S.F. beherrscht wurde. Er war u.a. – neben seinen Kindern – persönlich haftender Gesellschafter der H.F. oHG (zukünftig oHG genannt) und Mehrheitsgesellschafter der S.F. GmbH (zukünftig GmbH genannt). Die von der oHG – und weiteren Unternehmen der Gruppe – hergestellten Wälzlager werden über ein Netz von Vertriebsfirmen, u.a. die GmbH, weiterveräußert. Diese unterhielten auf Grund der Unternehmensstrategie F.s kundennahe und umfassend bevorratete Außenlager, um die Kunden schnell und zuverlässig beliefern zu können. Unter seiner Führung entwickelte sich die oHG zu einem bedeutenden Wälzlagerproduzenten in Deutschland.

Im Zuge der Kreditverhandlungen mit der Klägerin übergab F. die von dem Beklagten testierten („Die Buchführung und der Jahresabschluß der Gesellschaft entsprechen nach meiner pflichtgemäßen Prüfung Gesetz und Gesellschaftsvertrag“) Bilanzen der GmbH und der oHG für das Jahr 1990, der GmbH für das Jahr 1991, einen vom Beklagten erstellten konsolidierten Konzernjahresabschluß für 1990 sowie Bestätigungen des Steuerberaters I. über Umsatz und Ergebnis der oHG zum 31.12.1991 und 30.6.1992.

In dem Kreditprotokoll der Klägerin vom 29.10.1992 heißt es u.a. dazu: „In dem Gespräch mit Herrn F. wurde Übereinstimmung erzielt, daß eine Kreditierung der S.F. GmbH in dieser Höhe aufgrund ihrer <kleinen> Verhältnisse und ihrer Abhängigkeit von den Produktionsunternehmen der Gruppe – insbesondere der H.F. oHG – alleine nicht möglich ist und eine Kreditierung daher nur unter Mithaft der H.F. oHG darstellbar ist. ... Vor dem Hintergrund der guten wirtschaftlichen Verhältnisse der Unternehmen, insbesondere der Eigenkapitalausstattung und der Ertragsstärke wird die Kreditierung befürwortet.“

Mit Kreditrahmenvertrag vom 16.11.1992 bewilligte die Klägerin daraufhin der oHG und der GmbH einen Kreditrahmen von 30 Mio. DM.

Mit Beschluß vom 16.9.1994 des Amtsgerichts W. wurde unter Ablehnung eines Vergleichsantrages das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der GmbH eröffnet. Gleiches ist hinsichtlich der oHG durch Beschluß des Amtsgerichts F. vom 8.7.1994 geschehen. Die Klägerin hat Forderungen von mehr als 20 Mio. DM zum Konkursverfahren der GmbH angemeldet, mit denen sie nach ihrer Darstellung in einer Höhe von mindestens 2 Mio. DM ausfallen wird.

S.F. ist durch Urteil des Landgerichts M. vom 16.10.1996 wegen Betruges in 19 Fällen, wegen Kreditbetruges in 2 Fällen und wegen Bankrotts (Erstellung unrichtiger Bilanzen sowie Verstoßes gegen die Buchführungspflichten) in jeweils 2 Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 10 Jahren und 9 Monaten verurteilt worden. Dieser Verurteilung lag die bewußt unrichtige Darstellung der Verhältnisse der oHG in den Bilanzen 1991 und 1992 durch Einstellung fingierter Forderungen, Verheimlichung von Bankverbindlichkeiten u.ä. und Verwendung dieser Bilanzen in Kreditverhandlungen gegenüber 12 Kreditinstituten zugrunde.

Die Klägerin hat dem Beklagten vorgeworfen, seine Pflichten als Wirtschaftsprüfer grob fahrlässig mißachtet zu haben. Die von ihm testierten Bilanzen der GmbH seien in wesentlichen Punkten unrichtig gewesen. Die Vorräte seien erheblich überbewertet gewesen, die dabei angesetzten Preise „Wunsch-Verkaufspreise“ gewesen und hätten nicht dem Niederstwertprinzip entsprochen. Dem Beklagten hätte auch auffallen müssen, daß in erheblichem Umfang Umsätze innerhalb der F.-Gruppe vorgenommen worden seien. Dieser habe pflichtwidrig auch nicht persönlich an der Inventuraufnahme teilgenommen.

Der Beklagte hafte ihr aus Auskunftsvertrag, jedenfalls stelle sich der Vertrag zwischen ihm und der GmbH über die Prüfung der Jahresabschlüsse als Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter dar. Ihm sei bekannt gewesen, daß die von ihm erstellten Prüfungsberichte kreditgebenden Banken zur Verfügung gestellt werden sollten. Schließlich hafte er aus unerlaubter Handlung.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat eine Pflichtverletzung in Abrede gestellt. Er habe die Vorräte ordnungsgemäß bilanziert. Für ihn hätten keine Anhaltspunkte für Scheinrechnungen oder Manipula-

tionen bestanden. Im übrigen seien die von ihm testierten Abschlüsse der GmbH für die Kreditgewährung der Klägerin nicht ursächlich gewesen.

Maßgeblich seien ausweislich des Kreditprotokolls die Mithaftung der oHG und damit auch des persönlich haftenden Gesellschafters gewesen. Entscheidungserheblich seien allein die aktuelleren Zahlenwerke des Steuerberaters I. gewesen. Sollten vertragliche Beziehungen zur Klägerin bestanden haben, müsse sie auch die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften mit ihren Haftungsbegrenzungen und Ausschußfristen gegen sich gelten lassen.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Zweifelhafte sei bereits, ob ein selbständiger Auskunftsvertrag zwischen den Parteien zustande gekommen sei oder ob die Klägerin in den Schutzbereich des Vertrages zwischen der GmbH und dem Beklagten über die Prüfung der Bilanzen 1990 und 1991 einbezogen gewesen sei. Es habe sich um eine Pflichtprüfung gehandelt, so daß sich ihm nicht habe aufdrängen müssen, daß der Bericht Dritten zwecks Kreditbeschaffung zur Verfügung gestellt werden würde. Das könne jedoch letztlich offenbleiben, da eine Pflichtverletzung des Beklagten nicht festgestellt werden könne.

Er sei mangels Anhaltspunkten nicht verpflichtet gewesen, eine gezielte Prüfung auf Manipulationen der Geschäftsführung durchzuführen. Im übrigen handele es sich bei dem Vortrag, es habe Scheinrechnungen gegeben, um einen bloßen Verdacht ohne Substanz. Daß die Vorräte der GmbH fehlerhaft bewertet worden seien, könne allein mit nachträglichen Schätzungen nicht nachgewiesen werden. Schließlich sei die Bilanz der GmbH für die Kreditentscheidung der Klägerin ohne Relevanz gewesen, weil es ihr alleine auf Verhältnisse der oHG und ihrer persönlich haftenden Gesellschafter angekommen sei.

Dagegen richtet sich die Berufung der Klägerin. Sie stützt ihre Klage auch auf Fehler des Beklagten bei den Jahresabschlüssen 1990 der oHG und des Konzerns. Unter Wiederholung und Vertiefung ihres erstinstanzlichen Vortrages – insbesondere zur Bewertung der Vorräte – macht sie weiterhin geltend, der Beklagte habe massiv gegen seine Pflichten als Prüfer verstoßen.

(Anträge ...)

Unter Verweis auf seinen erstinstanzlichen Vortrag macht der Beklagte geltend, konkrete Pflichtenverstöße, die für die Entscheidung der Klägerin ursächlich geworden seien, seien nicht vorgetragen. (...)

Die Berufung der Klägerin hat keinen Erfolg. Das Landgericht hat zu Recht entschieden, daß ihr keine Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten, und zwar weder auf Grund Vertrages noch aus unerlaubter Handlung, zustehen.

Aus den Gründen:

I.

Ein **Auskunftsvertrag** zwischen der Klägerin und dem Beklagten ist nicht zustandegekommen. Ein derartiger Vertrag setzt voraus, daß der Beklagte seine Prüfergebnisse entweder **unmittelbar an die Klägerin oder mittelbar über seinen Auftraggeber zwecks Weiterleitung an die Klägerin übersandt hat** (vgl. *Ekkenga, WM 1996, Sonderbeil. Nr. 3, 13; BGH, NJW 1998, 1059 unter II. 1. a)*). Einen solchen **Kontakt zwischen den Parteien** hat es auch nach Vortrag der Klägerin nicht gegeben. Ihrem Vorbringen zufolge hat der Beklagte lediglich gewußt, daß F. die Prüfberichte und den konsolidierten Konzernjahresabschluß bei Kreditverhandlungen mit Banken benutzen werde. Das reicht nicht aus.

II.

Die Klägerin ist auch **nicht in den Schutzbereich der zwischen den F.-Unternehmen und dem Beklagten geschlossenen Verträge über die Prüfung der oHG und der GmbH sowie der Erstellung des konsolidierten Jahreskonzernabschlusses einbezogen worden**.

1. Nach der Rechtsprechung des BGH (*NJW 1998, 1948 m.w.N.; NJW 1987, 1785*) steht es den Vertragsschließenden frei, eine **Schutzpflicht zugunsten Dritter** auch stillschweigend zu begründen. Ob ein solcher rechtsgeschäftlicher Wille besteht, ist nach allgemeinen Auslegungsgrundsätzen zu ermitteln.

Wer bei einer Person, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt (z.B. bei Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern), ein Gutachten oder eine gutachtliche Äußerung bestellt, um davon gegenüber einem Dritten Gebrauch zu machen, ist in der Regel daran interessiert, daß die Ausarbeitung die entspre-

chende Beweiskraft besitzt. Das ist nur dann gewährleistet, wenn der Verfasser sie objektiv nach bestem Wissen und Gewissen erstellt und auch dem Dritten gegenüber dafür einsteht. Bei freiwilligen Prüfungen ist davon auszugehen, daß die Prüfergebnisse nicht bloß der Unterrichtung des Auftraggebers dienen sollen. Auch die Vorschrift des § 18 KWG ist dabei zu berücksichtigen.

Die Einbeziehung eines Dritten hängt nicht davon ab, daß diese dem Sachkundigen namentlich bekannt war. Es reicht aus, wenn diesem erkennbar war, daß die Ausarbeitung für einen Käufer oder Kreditgeber bestimmt war. Allerdings darf der Kreis der **unter die Schutzpflicht fallenden Personen nicht uferlos ausgeweitet werden**; es ist erforderlich, daß die Schutzpflicht auf eine **überschaubare, klar abgrenzbare Personengruppe** beschränkt wird (vgl. *BGH, NJW 1998, 1059 unter II. 2.*).

2. Für die vorliegende Fallgestaltung bedeutet dies folgendes:

a) Soweit es um die Prüfung der Jahresabschlüsse der GmbH für 1990 und 1991 durch den Beklagten geht, handelte es sich unstreitig gemäß § 316 Abs. 1 Satz 1 HGB um eine **Pflichtprüfung**. Da der Auftraggeber zur Einholung eines Prüfberichtes gesetzlich verpflichtet war und § 323 HGB als Gläubiger eines Schadenersatzanspruchs nur die auftraggebende Kapitalgesellschaft sowie bestimmte konzernangehörige Unternehmen nannte, war lange Zeit streitig, ob die unter 1. genannte Rechtsprechung auch auf im Rahmen einer Pflichtprüfung erstellte Berichte eines Wirtschaftsprüfers übertragbar war.

Der Senat schließt sich der neueren **Rechtsprechung des BGH (NJW 1998, 1948) an, derzufolge die Vorschrift des § 323 HGB es zwar nicht von vornherein ausschließt, daß die Prüfung auch dem Schutz bestimmter Dritter zu dienen bestimmt ist, dies jedoch an enge – hier nicht vorliegende – Voraussetzungen geknüpft ist**.

Die Klägerin trägt nichts dazu vor, daß die **Jahresabschlüsse im Hinblick auf konkrete Finanzierungsverhandlungen** erstellt werden sollten. Sie behauptet lediglich, dem Beklagten sei bekannt gewesen, daß sie allgemein im Rahmen von Kreditverhandlungen an Banken übergeben werden würden. S.F. hat die Unterlagen bei einer Vielzahl von Banken – u.a. der Klägerin – über einen längeren Zeitraum verteilt vorgelegt.

Gemeinsamer Zweck dieser Vorlage war allgemein die Finanzierung der F.-Gruppe. Es handelte sich nicht um eine einheitliche Finanzierungsmaßnahme, welche nach Auffassung des BGH eine hinreichende Abgrenzung der geschützten Kreditgeber gewährleisten kann (NJW 1998, 1059). Der Beklagte konnte nur damit rechnen, daß F. die Prüfergebnisse immer wieder erneut in einer Vielzahl von Fällen kreditgebenden Banken vorlegen würde, wenn dieser es für notwendig hielt. Damit wäre der Kreis der geschützten Dritten für den Beklagten nicht mehr überschaubar gewesen.

b) Gleiches gilt letztlich auch für die **Prüfung des Abschlusses der oHG** und des konsolidierten Jahresabschlusses für das Jahr 1990. Zwar handelte es sich dabei nicht um „Pflichtunterlagen“, so daß die Auftraggeber mit der Beauftragung nicht nur ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkamen. Auch ist davon auszugehen, daß diese Maßnahmen nicht lediglich der Unterrichtung der Auftraggeber über die Lage der Unternehmen dienen sollten. **Vielmehr mußte der Beklagte damit rechnen, daß die Unterlagen Dritten, insbesondere Banken, bei Kreditverhandlungen zugänglich gemacht werden würden.**

Einer Einbeziehung der Klägerin in den Schutzbereich der Verträge der oHG mit dem Beklagten scheiterte jedoch ebenfalls daran, daß der **Kreis der Dritten unüberschaubar wurde**. Wie bereits unter a) erwähnt, ergibt sich aus dem Strafurteil des Landgerichts M. vom 16.10.1996, daß F. von diesen **Unterlagen gegenüber einer Vielzahl von Banken bei verschiedensten Kreditverhandlungen bei unterschiedlichen Gelegenheiten über einen längeren Zeitraum hinweg** Gebrauch gemacht hat.

Die Aufträge sind also nicht im Rahmen einer bestimmten Finanzierungsmaßnahme, die auch komplexere Darlehns- und Finanzierungsvorgänge umfassen konnten, erteilt worden. Es gab auch **keinen unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang** zwischen der Prüfung des Abschlusses der oHG und des konsolidierten Konzernjahresabschlusses einerseits und dem Beginn der Kreditverhandlungen F.s mit der Klägerin andererseits; die Unterzeichnung des Prüfvermerks erfolgte am 10. bzw. 21.1.1992, während die ersten Kontakte wegen der Kreditwünsche F.s erst im September 1992 erfolgten.

Die Einbeziehung der Klägerin in den Schutzbereich der Prüfverträge mußte dazu führen,

daß auch alle anderen Kreditinstitute darin einbezogen werden müßten; damit wäre der Kreis der geschützten Dritten für den Beklagten nicht mehr überschaubar gewesen.

3. Darüber hinaus hat der Beklagte eine **vertragliche Haftung wirksam durch Nr. 1 (2), Nr. 7 und Nr. 9 (1) der Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften u.a. gegenüber der Klägerin ausgeschlossen**.

In der Literatur (Brandner, ZIP 1984, 1186, 1193; Ekkenga, WM 1996, Sonderbeil. Nr. 3, 14; s. auch Schüppen, DB 1998, 1317 unter 3. c)) wird im Hinblick auf diese Klauseln diskutiert, ob ein Wirtschaftsprüfer durch Vereinbarung dieser Bedingungen und Beifügung in die gutachterliche Äußerung seine Haftung gegenüber Dritten auf bestimmte Personen beschränken kann.

Nach Nr. 7 Abs. 2 der Allgemeinen Auftragsbedingungen haftet der Wirtschaftsprüfer Dritten nur, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 gegeben sind, was entweder die schriftliche Zustimmung des Wirtschaftsprüfers zur Weitergabe oder einen Auftrag, aus dem sich die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt, voraussetzt.

Da der Dritte seine – vertraglichen – Ansprüche aus dem Gutachtauftrag zwischen Auftraggeber und Sachkundigem ableitet (vgl. zu den Folgen s.a. BGH, NJW 1987, 1758 unter I. 3. b)) und es Sache der Vertragsschließenden ist zu bestimmen, wen sie in den Schutzbereich des Vertrages einbeziehen (vgl. BGH, NJW 1987, 1758; NJW 1998, 1059), ist einem Wirtschaftsprüfer diese Möglichkeit zur Begrenzung und Bestimmung der Personen, denen er gegenüber vertraglich haften will, einzuräumen.

Die Dritten, die das Gutachten etc. zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen wollen, können diesem unmittelbar entnehmen, daß der Ersteller ihnen gegenüber keine vertragliche Haftung übernehmen will (vgl. Schüppen, DB 1998, 1317 unter 3. c)).

Davon haben die Auftraggeber und der Beklagte auch Gebrauch gemacht; entgegen dem Bestreiten der Klägerin sind die Allgemeinen Auftragsbedingungen spätestens dadurch **Bestandteil des Auftrages** geworden, daß der Beklagte sie **laufend seinen schriftlichen Äußerungen beifügte und die Auftraggeber nicht dagegen protestierten**.

Da die Bedingungen den Testaten u.ä. beigelegt waren, waren diese Beschränkungen für die Dritten, u.a. auch die Klägerin, erkennbar.

III.

Auch Ansprüche aus unerlaubter Handlung stehen der Klägerin nicht zu. Ein **vorsätzliches Handeln** wirft die Klägerin dem Beklagten nicht vor, so daß etwaige Ansprüche wegen Beihilfe zum Betrug u.ä. ausscheiden. Auch Ansprüche aus § 826 BGB bestehen nicht.

Allerdings reicht nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (*NJW 1987, 1758*) auch ein **leichtfertiges und gewissenloses Verhalten als Sittenverstoß** im Sinne dieser Vorschrift aus. Ob dies der Fall ist, kann erst beurteilt werden, wenn geklärt ist, ob und in welchen Punkten die Prüfergebnisse objektive Fehler enthalten. Das kann jedoch nicht festgestellt werden.

Offenbleiben kann, ob die Klägerin einen derartigen Sachverhalt überhaupt behaupten will. Einerseits erklärt sie, sie gehe davon aus, daß der Beklagte nicht vorsätzlich, sondern fahrlässig gehandelt habe. Andererseits läßt sich nicht ausschließen, daß sie das Vorgehen des Beklagten, welches sie mehrfach als „eklatanten Verstoß gegen die Pflichten eines Prüfers“ kennzeichnet, durch den Vortrag mehrerer Indizien als „leichtfertig und gewissenlos“ im obigen Sinne qualifizieren möchte. Im Termin vom 1.12.1998 dazu befragt, hat der Klägerevertreter erklärt, die Klägerin lege das Schwergewicht nicht auf die Vorschrift des § 826 BGB, sie beschränke sich auf den Vortrag von Tatsachen, deren Würdigung überlasse sie dem Gericht. Eine Überprüfung der von der Klägerin vorgetragenen Tatsachen läßt einen derartigen Schluß jedenfalls nicht zu.

1. Die Klägerin verweist zunächst auf die Feststellungen des Landgerichts M. in seinem Urteil vom 16.10.1996 über die Manipulationen F.s, die der Beklagte durch grobe Vernachlässigung seiner Pflichten nicht aufgedeckt habe. Ob diese Feststellungen und auch die Bewertung der Tätigkeit des Beklagten in diesem Urteil zutreffen, kann offenbleiben.

a) Das Landgericht M. hat konkrete Feststellungen – bis auf die unter b) genannten Ausnahmen – lediglich für die Jahresbilanzen der oHG für 1991 und 1992 getroffen. In diesen Jahren habe F. durch Manipulationen, nämlich die

- Einbuchung nicht existierender Forderungen gegen ausländische Generalvertretungen,
- vorgezogene Wechseleinbuchungen,
- Nichtausweis bestehender Verbindlichkeiten bei ausländischen Banken,
- bilanzwidrige Erfassung von „Postlaufkrediten“,
- Ausweisung nicht bestehender Forderungen gegen die N. Kredit AG in der Schweiz,

die Lage der oHG falsch dargestellt.

Die Jahresabschlüsse für diese Jahre sind jedoch deswegen unerheblich, weil die Klägerin diese bei ihren Entscheidungen zur Kreditgewährung und -auszahlung nicht kannte. Ausweislich des landgerichtlichen Urteils – Gegenteiliges wird von der Klägerin nicht vorgetragen – ist ihr der testierte Prüfbericht des Beklagten für das Jahr 1991 erst Januar 1993 übersandt worden.

Es kann daher offenbleiben, ob die Feststellungen des Landgerichts (z.B. Entdecken bisher nicht eingebuchter Verbindlichkeiten im Jahre 1992 durch den Beklagten) die Qualifizierung des Verhaltens als zumindest leichtfertiges und damit sittenwidriges Verhalten des Beklagten für die Folgezeit rechtfertigen. Rückschlüsse für die vorausgehenden Jahre lassen sie jedenfalls nicht zu.

b) Für das Jahr 1990 stellt das Landgericht lediglich konkret fest, daß in die Bilanz fälschlicherweise als Guthaben bei Kreditinstituten ein Betrag von 79.326.780 DM bei der N. Kredit AG eingestellt worden ist. Aus den Feststellungen des Landgerichts ergibt sich nichts dafür, daß dem Beklagten der lediglich scheinbar erfolgte Ankauf von Wechseln und die sich daraus lediglich zum Schein ausgewiesenen Guthaben erkennbar gewesen sind. Auch die Klägerin trägt dazu nichts vor (s. aber unter c)).

Im übrigen wird auf den **Unterschied zwischen der von dem Beklagten testierten Bilanz und der Steuerbilanz des Steuerberaters I.** hingewiesen. Die Erklärung des Beklagten dazu, die Differenzen „hätten keinen Anlaß zu weitergehender Prüfung“ gegeben, ist zwar nicht sonderlich hilfreich und läßt auch nicht ansatzweise erkennen, was er damit meint; derartige Unterschiede – falls bekannt – sollten schon Anlaß zur Nachfrage sein.

Die Feststellungen des Landgerichts M. bleiben jedoch zu sehr im Allgemeinen. Es wird zwar allgemein auf die Möglichkeit der Einbuchung von Scheinforderungen gegen ausländische Generalvertretungen und die Verheimlichung von Verbindlichkeiten bei ausländischen Banken hingewiesen, ohne daß jedoch eine konkrete Darstellung gegeben wird. Auch die Klägerin liefert diese – bis auf das unter 2. noch näher Dargestellte – nicht nach.

Schließlich ist aus der Darstellung des Landgerichts zur Vorgehensweise F.s **bei der Einbuchung der Scheinforderungen nicht erkennbar, wie der Beklagte diese hätte aufdecken können**; die Klägerin trägt dazu auch nichts vor.

c) Auch die nunmehr vorgelegten Protokolle vom 6. und 7.3.1996 über die Vernehmungen des Beklagten in einem gegen diesen gerichteten Ermittlungsverfahren haben keine Tatsachen zu Tage gefördert, die den Vorwurf eines leichtfertigen und gewissenlosen Verhaltens in dem maßgeblichen Zeitraum rechtfertigen könnten. Die Vernehmungen befassen sich ebenfalls durchweg – mit den nachfolgend geschilderten Ausnahmen – mit den oHG-Bilanzen 1991 und 1992 und den damit zusammenhängenden Vorgängen; diese sind jedoch – wie bereits unter a) ausgeführt – für diesen Rechtsstreit irrelevant.

Aus der Vernehmung zum Komplex „Altschulden“ ergibt sich keine Kenntnis oder leichtfertig herbeigeführte Unkenntnis des Beklagten von diesen Krediten vor der Vornahme der fraglichen Testierungen.

Auch den Ausführungen zum Guthaben bei der N. Kredit läßt sich nicht entnehmen, daß der Beklagte zum Zeitpunkt der streitgegenständlichen Testate die N. Kredit nicht für ein „echtes“ Kreditinstitut und die ausgewiesenen Guthaben nicht für durch aus **Hereingabe rediskontfähiger Wechsel** entstandene werthaltige Forderungen gehalten hat. Die Klägerin hat keinen Beweis dafür angetreten, daß dem Beklagten bekannt war oder ohne größere Mühewaltung hätte bekannt sein müssen, daß das ausgewiesene Guthaben lediglich ein „Scheinguthaben“ war, weil auf Grund von Abreden zwischen F. und der N. Kredit die zugrundeliegenden Wechsel nicht rediskontiert werden und nur „in der Schublade“ bleiben sollten.

2. Die Klägerin behauptet des weiteren, es seien innerhalb der Firmengruppe Scheinrechnungen ausgestellt worden, und nennt dabei für

das Jahr 1990 Beträge von 24.782.471 DM bzw. 23.078.750 DM. Konkretisiert wird dies trotz Rüge des Beklagten nicht. Die Zahlen für 1991 und 1992 stimmen auch nicht mit den Feststellungen des Landgerichts M. zu Scheinrechnungen bei der oHG für diese Jahre überein. Ohne nähere Kenntnis der Einzelheiten läßt sich nicht erkennen, ob der Beklagte die Scheinrechnungen nur vorsätzlich bzw. leichtfertig gewissenlos akzeptiert hat.

3. Die Klägerin stellt des weiteren auf die **Bewertung der Vorräte der GmbH** durch den Beklagten ab.

a) Soweit sie den körperlichen Bestand der gezählten Ware zum jeweiligen Stichtag in Abrede stellt, dringt sie damit nicht durch. Zumindest für 1991 liegen **Inventurlisten** vor. Da konkrete Fehlmengen bei der Bestandserfassung nicht vorgetragen werden, kommt es nicht darauf an, ob der Vorwurf der „Fernprüfung des Lagers“ durch die Klägerin berechtigt ist, also ob der Beklagte die Bestandserfassung in Person durchführen mußte, dies getan hat oder ob er diese Aufgabe – ganz oder teilweise – auf Dritte abwälzen durfte. **Die Klägerin ist nicht in der Lage darzulegen, geschweige denn nachzuweisen, daß die Waren körperlich nicht vorhanden waren bzw. nicht mehr der oHG zuzuordnen waren**; sie trägt dazu nichts Konkretes vor.

Die fehlende Existenz von Waren im Jahre 1990 kann nicht durch ein Sachverständigengutachten bewiesen werden. **Soweit die Klägerin den Beklagten zur Vorlage von Arbeitspapieren auffordert, kann dies nicht dazu dienen, bisher unterlassenen konkreten Vortrag nachzubessern.** Zudem legt die Klägerin nicht dar, wieso es ihr als Geschädigter nicht möglich gewesen ist, die Akten des gegen F. gerichteten Ermittlungsverfahrens einzusehen und die Behauptungen des Beklagten über den Verbleib und den Inhalt der Arbeitspapiere nachzuprüfen (§ 406e StPO).

Soweit sie auf den ungewöhnlichen Umfang des bilanzierten Lagers verweist, wird dazu unter b) eingegangen.

b) Die **Bewertung der Lagerbestände** selber dürfte in der Tat nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden sein. Die Klägerin trägt in der Berufungsbegründung konkret Bewertungsfehler vor. Diese kann der Beklagte nicht pauschal bestreiten, nachdem die Klägerin die zugrundeliegenden Unterlagen vorlegt.

Diese Fehler rechtfertigen jedoch nicht den Schluß auf ein vorsätzliches oder gewissenlos leichtfertiges Verhalten des Beklagten.

Die vorgefundenen Fehler (Nichtanwendung aktueller Verkaufspreise und damit Verstoß gegen das Niederstwertprinzip) sind erstmals im Berufungsverfahren näher vorgetragen worden. Weder die Überprüfung im Konkursverfahren noch im Strafverfahren haben diese Fehler zutage gefördert. **Es mag zwar sein, daß bei bestimmten Stichproben die von der Klägerin dargestellten Ungereimtheiten aufgefallen wären.** Dies setzte jedoch einen Vergleich zwischen der Bewertung und Einzelrechnungen voraus. Aus der Tatsache, daß erst jetzt, mehrere Jahre nach Eröffnung des Konkursverfahrens, bei näherer Überprüfung diese Fehler ans Tageslicht getreten sind, läßt sich nicht darauf schließen, daß die Fehler offensichtlich waren und der Beklagte vorsätzlich oder leichtfertig gehandelt hat.

Soweit die Klägerin weitere Argumente anführt, treffen diese nicht zu. **Die im Verhältnis zu anderen Unternehmen sowie zum Umsatz hohen Lagerbestände brauchten nicht auf eine Überbewertung hinzuweisen.** Daß F. Wert auf ein wohlbestücktes Lager legte, war allgemein bekannt. Die Anlage zum Kreditprotokoll der Klägerin vom 29.10.1992 vermerkt selbst – mit positiver Grundtendenz – die reichliche Vorratsausstattung der GmbH und der Gruppe. So heißt es z.B. unter 3.2: „Zum Vorratsvermögen ist anzumerken, daß Rahmenverkäufe branchentypisch sind und 90 % der Vorräte jeweils verkauft sind, d.h. praktisch ein Jahr im voraus produziert wird und Lagerhaltung und Logistik für die Industrie übernommen werden.“

Der Kredit der Klägerin sollte gerade der Finanzierung dieser Vorratshaltung dienen. Aus diesem Grunde weist das Landgericht zu Recht den Hinweis der Klägerin auf die Schätzung durch die Wirtschaftsprüfungs-Steuerberatungsgesellschaft in M., welche auf Durchschnittszahlen rechnet, zurück.

Die langsame Umsetzung der Lagerbestände brauchte nicht zu erheblichen Gängigkeitsabschlägen zu führen, solange die Vorratsbestände zu einem erheblichen Teil im voraus verkauft waren, wie im Kreditprotokoll angegeben. Daß der Beklagte erkennen mußte, daß dies wohl nicht zutraf, ist nicht näher dargelegt.

Soweit die **Lagerbestände** nicht nach dem Einkaufspreis des Zugangs, sondern – unzulässigerweise – nach dem **aktuellen Einkaufspreis des Stichtages der Bewertung angesetzt wurden,** konnte diese Erhöhung wieder durch einen Abschlag ausgeglichen werden. Nach Darstellung der Klägerin sind Abschläge von rund 3,5 Mio. DM vorgenommen worden. Dieser Betrag würde nach den Berechnungen der Klägerin die dadurch vorgenommenen Überbewertungen abfangen.

Daß das Lager später zu einem niedrigeren Betrag bewertet worden ist und die Veräußerung der Artikel nur einen niedrigen Erlös erbracht hat, deutet gleichfalls nicht auf eine vorsätzliche oder leichtfertige Überbewertung durch den Beklagten hin. Abgesehen davon, daß Artikel eines „lebenden“ Unternehmens mit einem entsprechenden Renommee und Nachlieferungsmöglichkeit anders bewertet werden als bei solchen eines im Konkurs oder gar in Zerschlagung befindlichen, steht nicht fest, daß der Lagerbestand zwischen 1990/1991 und 1994 in etwa gleich geblieben ist.

4. Der Vorwurf, keine Saldenbestätigungen eingeholt zu haben, geht ins Leere, solange nicht dargelegt wird, daß das „Wechsel-Geschäft“ und die „Postlaufkredite“ bereits im Jahre 1990 betrieben worden sind. Dazu wird nichts Konkretes vorgetragen, so daß offenbleiben muß, ob derartige Nachforschungen zur Testatverweigerung oder -einschränkungen des Beklagten hätten führen müssen.

IV.

Darüber hinaus hat das Landgericht festgestellt, daß die GmbH-Bilanzen für die Kreditentscheidung der Klägerin nicht maßgeblich waren, weil die GmbH – auch nach den angeblich geschönten Ansätzen – zu „klein“ war. Von Erheblichkeit danach waren – wie ihr Kreditprotokoll zu erkennen gibt – allein die Vermögensverhältnisse der oHG als Mithaftender.

Dies wird von der Berufung der Klägerin nicht angegriffen. Die Würdigung des Landgerichts wird unterstützt durch die Feststellungen des Landgerichts M. in seinem Urteil vom 16.10.1996, demzufolge – teilweise jedoch durch „in erster Linie“ eingeschränkt – die oHG-Bilanzen für die kreditgebenden Banken maßgeblich waren.

Gründungsprüfung

- Umwandlung GmbH in AG
 - Haftung
- (OLG Hamm, Urt. v. 21.10.1998 - 25 U 95/97)

Leitsatz (d.Red.):

Zur Darlegungslast für den Schadenersatzanspruch gegen einen Gründungsprüfer wegen angeblich schuldhaft im Gründungsprüfungsbericht nicht aufgedeckter Bewertungsfehler.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin entstand im Frühjahr 1995 durch Umwandlung der 1991 gegründeten T.-GmbH in eine Aktiengesellschaft.

Der Beklagte ist Steuerberater und vereidigter Buchprüfer und war in dieser Eigenschaft für die Klägerin seit ihrer Gründung als GmbH tätig. Er erstellte die Jahresabschlüsse für die T.-GmbH für die Jahre 1991 bis 1994.

Durch Beschluß des Amtsgerichts P. vom 15.3.1995 wurde der Beklagte zum Gründungsprüfer der später durch Umwandlung entstandenen Klägerin bestellt. Er führte die Prüfung in der Zeit vom 10. bis 26.4.1995 durch und schloß diese mit dem Gründungsprüfungsbericht vom 3.5.1995 ab. Der Gründungsprüfungsbericht endete mit einem Bestätigungsvermerk, in dem der Beklagte unter anderem bestätigte, daß die Angaben der Gründer im beigelegten Gründungsbericht richtig und vollständig seien, was sich insbesondere auf die Angaben über die Übernahme der Aktien, die Einlagen auf das Grundkapital und über die Festsetzungen nach §§ 26 und 27 Aktiengesetz erstreckte. Zudem bestätigte er, daß der Wert der Sachübernahmen den Wert der dafür zu gewährenden Leistungen erreiche.

Dem Gründungsprüfungsbericht waren als Anlagen unter anderem die Bilanz zum 31.12.1994 nebst Gewinn- und Verlustrechnung der T.-GmbH beigelegt, deren Zahlen der Beklagte auf den Seiten 19 und 20 des Gründungsprüfungsberichtes zugrundegelegt hat.

Alleinaktionär wurde nach Umwandlung der T.-GmbH in eine Aktiengesellschaft zunächst der ehemalige Geschäftsführer und Alleingesellschafter der T.-GmbH und spätere Vorstand der Klägerin, T.G. Dieser erstellte den Geschäftsbericht 1994 der T.-GmbH, der eine Abschrift der Bilanz vom 31.12.1994 enthielt.

Der Geschäftsbericht war dem Verkaufsangebot der Klägerin für ihre Aktien beigelegt, in dem es unter anderem heißt:

„Um das zukünftige Wachstum zu sichern, hat sich Alleinvorstand und Großaktionär T.G. bereit erklärt, Aktien aus dem Familienbesitz freibleibend zum Verkauf anzubieten.“

Insgesamt werden bis zu 70.000 Inhaberstammaktien zu jeweils nominal 5,00 DM mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1995 einer breiten Öffentlichkeit zum Verkauf angeboten (dies entspricht 30 % der insgesamt 240.000 Aktien bzw. des Grundkapitals in Höhe von 1,2 Mio.). ... Der Abgabepreis der T.-Aktien liegt bei 31,00 DM und ist befristet bis zum 31.8.1995.“

Außerdem enthielt das Verkaufsangebot auf Seite 4 verschiedene Risikohinweise.

Die Aktien wurden im Hamburger Telefonhandel bei der Firma K. notiert mit der Folge der Veröffentlichung der Kurse im Handelsblatt.

Im Bundesanzeiger vom 30.8.1995 veröffentlichte die K.-Vermögensberatung und Kapitalanlagevermittlung GmbH (im folgenden K.-GmbH genannt) ein Aktienumtauschangebot für Aktionäre der A.-Aktiengesellschaft für Anlagen und Beteiligungen mit folgendem Wortlaut:

„Hiermit unterbreiten wir den Aktionären der obengenannten Gesellschaft im Kundenauftrag folgendes Angebot: Gegen Einreichung von je Stück-1-Aktie im Nennwert von je 50,00 DM der A. nebst laufendem Dividendenschein bietet die K. GmbH-4-Aktien (Nennwert 5,00 DM) der T.-AG.“

Die Klägerin hat behauptet, ihr ehemaliger Vorstand T.G. habe die T.-GmbH 1991 mit dem Ziel gegründet, später nach einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft wertlose Aktien zu einem hohen Preis an gutgläubige Investoren zu veräußern. Daher habe er über Jahre hinweg Gewinne der T.-GmbH vorgespiegelt, um sie als ertragreich darstellen zu können, wobei er sich der Mithilfe des Beklagten bedient habe. So habe der Beklagte seit 1991 in den Jahresabschlüssen der T.-GmbH fiktive Gewinne ausgewiesen, obwohl bei Beachtung der allgemein anerkannten Grundsätze der Buchführung und Bilanzierung für die Jahre 1991 bis 1994 stets Verluste hätten ausgewiesen werden müssen. Ein Verlust sei aber nur für das Jahr 1991 ausgewiesen worden, während für die Jahre 1992 bis 1994 Jahresüber-

schüsse von ca. 100.000 DM, ca. 221.000 DM und ca. 632.000 DM ausgewiesen worden seien. Diese Bilanzfälschungen hätten sich auf sämtliche Konzerngesellschaften/Tochtergesellschaften der GmbH bezogen, wie der Jahresabschluß für 1994 der P.-Bauträger GmbH, einer 50%igen Tochtergesellschaft der GmbH, belege. Deren Bilanz weise einen Jahresüberschuß von 1.186.205,38 DM aus, obwohl dem Finanzamt P. ein Jahresfehlbetrag von 1.122.072,86 DM gemeldet worden sei.

Dem Beklagten habe auffallen müssen, daß die von ihm erstellten Jahresabschlüsse der Jahre 1991 bis 1994 nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung entsprechen hätten.

Zudem sei der Bestätigungsvermerk unter dem Gründungsprüfungsbericht des Beklagten vom 3.5.1995 falsch. Es sei unzutreffend, daß die Angaben der Gründer in diesem Bericht richtig und vollständig seien. Entgegen der Bestätigung auf Seite 19 und 20 des Gründungsprüfungsberichts sei der Jahresabschluß, der gemäß Anlage IV 6 Bestandteil des Berichts sei, nicht nach den gesetzlichen Regeln erstellt worden. Unzutreffend habe der Beklagte zudem auf Seite 25 des Gründungsprüfungsberichts testiert, daß in dem aktivierten Anlagevermögen sowie auch im Umlaufvermögen stille Reserven enthalten seien, die nicht in Ansatz gebracht worden seien.

Mit diesen Angaben des Gründungsprüfungsberichts sei eine Werthaltigkeit der Aktien fingiert worden. T.G. und seine Helfer hätten bei dem Hamburger Freimakler, der die Aktien der Klägerin betreut habe, nachdem ihm der Jahresabschluß 1994 mit Testat des Beklagten vorgelegt worden sei, angerufen und Kurse fingiert. Diese Kurse seien im Finanzteil des Handelsblatts in der Rubrik „Telefonhandel“ als Schätzkurse veröffentlicht worden und hätten durchschnittlich 38 DM betragen. Bei 240.000 Aktien im Nennwert von 5 DM sei auf diese Weise ein Unternehmenswert von etwa 9 Mio. DM vorgepiegelt worden.

Die Aktien der Klägerin seien jedoch nicht oder nur in ganz geringem Maße gehandelt worden. Um die Aktien beim interessierten Publikum unterzubringen, habe T.G. sich der Herren B. und M. bedient, die über die K.-GmbH im Bundesanzeiger vom 30.8.1995 ein Umtauschangebot lanciert hätten. Als Eigentümerin der A.-AG-Aktien habe der G.S.-Fund von seiner Depotbank C.M. Mitteilung von diesem Umtauschangebot erhalten. Der Mitarbeiter H. von der C.M.-Bank

habe Unterlagen von der K.-GmbH angefordert, die daraufhin das Verkaufsangebot, den Geschäftsbericht 1994, den Gründungsprüfungsbericht und den Aktionärsbrief Nr. 1 übersandt habe.

Der G.S.-Fund bzw. ein für diesen tätiger sogenannter Advisor habe sich aufgrund der günstigen Bilanzzahlen der Klägerin entschlossen, 55.466 A.-Aktien gegen 221.864 Aktien der Klägerin zu tauschen. Dieser Aktientausch sei entweder als Kommissionsgeschäft oder als Geschäft zwischen T.G. und dem G.S.-Fund, jeweils vertreten durch die K.-GmbH und die C.M.-Bank, abgewickelt worden. Die A.-Aktien seien sofort über die amtliche Börse für 8.319.000 DM versilbert worden. Von diesem Betrag habe T.G. 5.900.000 DM erhalten und die K.-GmbH (die Herren B. und M.) 2.500.000 DM. Der Beklagte habe seinen Teil erst später bekommen sollen, er sei für seine Bilanzfälschungen bezahlt worden.

Vergeblich habe der Advisor des G.S.-Fund eine Rückgängigmachung der Umtauschaktion zu erzielen versucht. Die E.-Versicherung habe nach Abzug eines Selbstbehalts von 1 Mio. US-Dollar und gegen Abtretung seiner Ansprüche gegen die Klägerin 4.952.282 US-Dollar an den Advisor bezahlt. Die E. habe von der Klägerin Ersatz dieser Zahlung verlangt. Deshalb habe die Klägerin am 10.12.1996 zugunsten der Versicherung ein notarielles Schuldanerkenntnis unterzeichnet. Die Klägerin hafte den geschädigten Investoren nämlich nach den Grundsätzen der Prospekthaftung. Ihr stehe ein Ausgleichsanspruch nach § 426 BGB zu. Der Beklagte hafte ihr zudem aus § 323 HGB aufgrund der Verletzung des Geschäftsbesorgungsvertrages infolge fehlerhafter Buchführung und Bilanzerstellung sowie aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 264a, 263, 266 StGB, §§ 400, 403 Aktiengesetz sowie § 826 BGB.

Die Klägerin beziffert ihren Schaden mit 8 Mio. DM, von denen sie mit der Klage 2,5 Mio. DM geltend macht.

Der Beklagte tritt dem entgegen unter Hinweis, daß der Klägerin kein Schaden entstanden sei. Sie sei der E.-Versicherung nicht schadenersatzpflichtig und deshalb zur Abgabe des Schuldanerkenntnisses vom 10.12.1996 nicht verpflichtet gewesen. Der Verkaufsprospekt sei kein Prospekt im Sinne des Gesetzes, weil er nicht gemäß § 8 Verkaufsprospektgesetz hinterlegt worden sei, so daß eine Haftung nach § 13 Verkaufsprospektgesetz ausscheide. Eine börsenrechtliche Prospekthaftung gemäß §§ 45, 46 Abs. 1

Börsengesetz gelte nur für Schriftstücke, die als Börsenzulassungsprospekte anzusehen seien. Eine Börsenzulassung der Aktien der Klägerin sei unstreitig nicht erfolgt. Der G.S.-Fund habe zudem die Aktien nicht unmittelbar von T.G. gekauft. Die Aktien seien vielmehr von T.G. an die Firma S. verkauft worden. Die Firma S. habe die Aktien an die K.-GmbH, ihre Muttergesellschaft, verkauft und die K.-GmbH dann an den G.S.-Fund. Eine Haftung aus culpa in contrahendo sei zu verneinen, weil der Erwerb der Aktien nicht aufgrund des Verkaufsangebots der Klägerin von dem G.S.-Fund erfolgt sei.

Im übrigen beruft der Beklagte sich analog § 20 Abs. 5 Kapitalanlagegesellschaftsgesetz bzw. § 12 Abs. 5 Auslandsinvestitionsgesetz auf Verjährung, da die Verjährungsfrist sechs Monate betrage. Kenntnis von der Unrichtigkeit des Prospekts habe die Klägerin spätestens im Januar 1996 gehabt, weil der G.S.-Fund die Wertlosigkeit der Aktien bereits bei einer Gesellschafterversammlung zu dieser Zeit beanstandet habe.

Der Beklagte hafte der Klägerin auch nicht wegen Inanspruchnahme persönlichen Vertrauens. Kontakte zwischen der Klägerin und dem G.S.-Fund hätten vor Kauf der Aktien nicht bestanden. Der Gründungsprüfungsbericht sei kein Verkaufsprospekt. Aus § 323 HGB hafte der Beklagte nicht, weil aus dieser Vorschrift nur eine Haftung aus der erstellten Gründungsprüfung gegenüber der Klägerin hergeleitet werden könne, nicht aber gegenüber Dritten. Die Behauptung der Klägerin, die Buchführung und die Bilanzen der vom Beklagten für die T.-GmbH erstellten Jahresabschlüsse sei falsch, sei unsubstantiiert und werde bestritten.

Zudem macht der Beklagte sich den Vortrag der Klägerin hilfsweise zu eigen, daß T.G. es von vornherein darauf angelegt habe, spätere Anleger zu täuschen. Dieses Verhalten des T.G. müsse der Beklagte sich nicht zurechnen lassen. Eine deliktische Haftung des Beklagten komme nicht in Betracht. Der Vortrag der Klägerin sei unsubstantiiert. Zudem hat der Beklagte bestritten, daß T.G. ihn als Komplizen für die geplante Übervorteilung späterer Anleger gewonnen, eingeweiht oder und als Werkzeug benutzt habe.

Er hat weiter behauptet, daß er an der Erstellung des Geschäftsberichts nicht beteiligt gewesen sei, ihn nicht gekannt und auch nicht gewußt habe, daß er interessierten Investoren sowie Banken habe zugeleitet werden sollen. Zudem hat der Beklagte bestritten, daß der

Gründungsprüfungsbericht an Investoren und Dritte übersandt worden sei. Falls die Klägerin sich geschädigt fühle, so meint der Beklagte, solle sie sich an die Herren G., B. und M. wenden.

Nachdem die Klägerin sich im Termin vor dem Landgericht vom 11.12.1996 hat versäumen lassen, hat das Landgericht die Klage durch Versäumnisurteil abgewiesen und dieses Urteil später aufrechterhalten.

Hiergegen richtet sich die Berufung der Klägerin, die unter Wiederholung ihres bisherigen Sach- und Rechtsvortrags ihren Anspruch weiterverfolgt.

(Anträge ...)

Unter Wiederholung seines bisherigen Sach- und Rechtsvortrags weist der Beklagte darauf hin, die Klägerin sei wirtschaftlich nicht mehr existent. Ein Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens sei vom Amtsgericht P. mangels Masse abgelehnt worden, die Klägerin sei damit aufgelöst.

Die zulässige Berufung der Klägerin ist nicht begründet. Im Ergebnis zu Recht hat das Landgericht die Klage abgewiesen.

Aus den Gründen:

I.

Auf § 426 BGB läßt sich das Klagebegehren entgegen der Meinung der Klägerin schon deswegen **nicht stützen, weil diese unstreitig bisher an Dritte keinen Schadenersatz geleistet hat**. Darüber hinaus lassen sich auch die Voraussetzungen einer gesamtschuldnerischen Haftung im Außenverhältnis nicht feststellen, weil es für eine Haftung des Beklagten gegenüber den geschädigten Anlegern an hinreichenden Anhaltspunkten fehlt.

a) Eine derartige Haftung des Beklagten ist nicht aus § 49 Aktiengesetz herzuleiten. Zwar findet diese Vorschrift gemäß § 378 Abs. 1 Aktiengesetz sinngemäß auch auf Aktiengesellschaften Anwendung, die im Wege der Umwandlung gemäß § 376 Aktiengesetz entstanden sind.

Auch wird der Gründungsprüfer hinsichtlich seiner Verantwortlichkeit der des Abschlußprüfers gleichgestellt, die aus § 323 Abs. 1 bis 4 HGB herzuleiten ist. Eine schuldhafte Pflicht-

verletzung des Gründungsprüfers bei der Gründungsprüfung begründet aber nur einen gesetzlichen Schadenersatzanspruch der Aktiengesellschaft gegen den Gründungsprüfer, nicht dagegen Ansprüche auch der Aktionäre oder Gesellschaftsgläubiger (BGH, BB 1961, 652).

b) Der Beklagte haftet auch nicht aus dem Gesichtspunkt der Prospekthaftung.

Eine **börsenrechtliche Prospekthaftung** aus §§ 45, 46 Abs. 1 Börsengesetz ist zu verneinen. Diese gilt nur für Schriftstücke, die als Börsenprospekte i.S.v. § 36 Abs. 3 Satz 2, § 38 Abs. 1 Satz 2 Börsengesetz i.V.m. §§ 13 ff Börsenzulassungsverordnung anzusehen sind und auf deren Grundlage Wertpapiere zum Börsenhandel zugelassen werden. Unstreitig ist eine Börsenzulassung der Aktien der Klägerin nicht erfolgt. Daher unterliegen die im Telefonhandel von der K.-GmbH zum Tausch angebotenen Aktien der Klägerin, deren Anteilseigner T.G. war, nicht dem Börsenrecht. Es handelt sich vielmehr um Geschäfte des privaten Rechts, die dem Recht der Effktengeschäfte und dem allgemeinen Vertragsrecht unterliegen.

Deshalb könnte nur eine Prospekthaftung gemäß § 13 Verkaufsprospektgesetz zu Lasten des Beklagten gegeben sein. Der vom Beklagten erstellte **Gründungsprüfungsbericht** ist jedoch **kein Verkaufsprospekt und unterfällt daher nicht der Haftung**.

Soweit von der K.-GmbH der Verkaufsprospekt nebst Geschäftsbericht 1994 an die Depotbank der A.-Aktien, der C.M.-Bank, übersandt worden ist, hat der Beklagte an der Erstellung dieser Schriftstücke unstreitig nicht mitgewirkt. Er haftet daher nicht für die darin enthaltenen Angaben.

c) Der Beklagte könnte den Anlegern daher **allenfalls aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 403 Aktiengesetz bzw. strafrechtlichen Vorschriften bzw. aus § 826 BGB haften, falls er in kollusivem Zusammenwirken mit T.G. die Sachübernahmen im Gründungsprüfungsbericht überbewertet hätte, um Anleger zu täuschen** und T.G. hierdurch die Möglichkeit zu verschaffen, wertlose Aktien der Klägerin an gutgläubige Investoren veräußern zu können.

Der Behauptung der Klägerin, der Beklagte habe im Zusammenwirken mit T.G. bereits die **Buchführung und die Bilanzen** der T.-GmbH zu diesem Zwecke seit 1991 **geschönt** und anstelle von

Verlusten erkennbar fehlerhaft Gewinne in den Jahren 1992 bis 1994 ausgewiesen, ist nicht geeignet, die subjektiven Anspruchsvoraussetzungen der unerlaubten Handlung darzutun.

Die Klägerin legt keine Umstände dar, noch sind diese erkennbar, aus denen das behauptete **kollusive Zusammenwirken** des Beklagten mit T.G. nachvollziehbar hergeleitet werden kann. Auch fehlt es an jedem Beweisantritt der Klägerin hierzu ebenso wie zu der Behauptung der Klägerin, der Beklagte sei für sein Tun bezahlt worden.

Es fehlt auch jede nachvollziehbare Darlegung zur Schadenhaftung des Beklagten aus § 826 BGB oder aus **betrügerischem Verhalten** gegenüber den Anlegern. Eine Schadenersatzpflicht des Beklagten könnte nur dann bejaht werden, wenn feststehen würde, daß der Beklagte bei seiner Prüfung es wenigstens als möglich angesehen hätte und für diesen Fall gebilligt hätte, daß die Anleger infolge seiner – des Beklagten – Handlungsweise geschädigt werden würden. Hierzu fehlen substantiierte Darlegungen der Klägerin und entsprechende Beweisantritte. Auch liefert der Sachverhalt keinerlei Anhaltspunkte für ein derartiges Verhalten des Beklagten.

II.

Ebensowenig kann die Klägerin ihr Klagebegehren auf das **notarielle Schuldanerkenntnis** stützen, das sie am 10.12.1996 gegenüber der amerikanischen Versicherungsgesellschaft E. abgegeben haben will.

Da die Klägerin mit diesem Schuldanerkenntnis nur eine Verpflichtung eingegangen ist und Zahlungen aufgrund dieses Anerkenntnisses unstreitig nicht geleistet hat, ist für einen Zahlungsanspruch gegen den Beklagten von vornherein kein Raum. Der Klägerin könnte insoweit – wie im Senatstermin erörtert – allenfalls ein Freistellungsanspruch zustehen. Auch die Voraussetzungen eines solchen Anspruchs sind indes nicht feststellbar.

a) Zunächst ist schon nicht hinreichend dargetan, daß und aus welchem Rechtsgrund die Klägerin zur Abgabe des Schuldanerkenntnisses verpflichtet gewesen sein sollte.

Wie sich aus der eidesstattlichen Erklärung des Vizepräsidenten P.C. vom 30.12.1996 ergibt, hat die E. eine Entschädigungsleistung in Höhe von 4.925.282 US-Dollar an einen namentlich nicht

genannten „Kunden“ erbracht, der 221.864 Aktien der Klägerin als sogenannter Advisor für den amerikanischen Investmentfonds G.S.-Fund erworben, sich wegen der Wertlosigkeit dieser Aktien dem G.S.-Fund schadenersatzpflichtig gemacht haben will und ersichtlich meint, deswegen seinerseits Schadenersatzansprüche gegen die Klägerin zu haben, die er der E. abgetreten haben soll. Eine rechtliche Verpflichtung der Klägerin zur Abgabe des Schuldanerkenntnisses gegenüber der E. würde danach eine Schadenersatzpflicht der Klägerin gegenüber dem Advisor voraussetzen, der die Aktien indes nicht von der Klägerin erworben hat, sondern aufgrund des von der K.-GmbH im Bundesanzeiger vom 30.8.1995 veröffentlichten Tauschangebots.

Dieses „im Kundenauftrag“ unterbreitete Tauschangebot war indes kein Angebot der Klägerin, sondern ein solches des T.G., der als Alleingesellschafter der T.-GmbH mit deren Umwandlung auch Ersterwerber der Aktien der Klägerin war. Ein Tauschvertrag ist deshalb nicht mit der Klägerin, sondern mit T.G. zustandegekommen, so daß auch Schadenersatzansprüche wegen Wertlosigkeit der Aktien zunächst gegen diesen bestehen.

Inwieweit daneben auch Ansprüche gegen die Klägerin in Betracht kommen könnten, ist – wie im Senatstermin im einzelnen erörtert – mangels hinreichenden Sachvortrags der Klägerin zu den tatsächlichen Abläufen im einzelnen, die sich halbwegs nachvollziehbar allenfalls über die eidesstattliche Erklärung, nicht aber über die teils lückenhaften, teils widersprüchlichen Darstellungen der Klägerin erschließen, die mangels Entsendung eines Parteivertreters zum Senatstermin auch nicht weiter aufklärbar waren, nicht feststellbar und deshalb vom Landgericht im Ergebnis zu Recht verneint worden.

b) Darüber hinaus würde ein auf Freistellung gerichteter Anspruch der Klägerin voraussetzen, daß dieser ein Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten zustehen würde, der gerade auf Befreiung von der durch das notarielle Schuldanerkenntnis eingegangenen Verbindlichkeit gerichtet wäre, was sich ebenfalls nicht feststellen läßt.

Selbst wenn der Beklagte bei der **Gründungsprüfung** gegen die ihm obliegenden Pflichten aus § 49 AktG i.V.m. § 323 Abs. 1 bis 4 HGB verstoßen haben sollte, was keiner Entscheidung bedarf, würde er der Klägerin insoweit nur **dafür haften, daß diese infolge fehlerhafter**

Bewertung von Sacheinlagen oder Sachübernahmen mit unzureichendem Kapital ins Leben getreten ist und deswegen eingegangene Verbindlichkeiten wegen Unterkapitalisierung nicht begleichen kann. Nur in dieser Beziehung soll der Rechtsverkehr vor schuldhaftem Fehlverhalten des Gründungsprüfers und dessen Folgen geschützt werden (BGH, NJW 1975, 954).

Ein derartiger Haftungsfall ist vorliegend nicht gegeben. Ob und inwieweit darüber hinaus ein erstattungsfähiger Schaden der Klägerin angenommen werden könnte, weil sie als Emittentin für die Erstausgabe der Aktien und ihre Wertbeständigkeit (jedenfalls peri) haftet, kann dahinstehen, weil Ersterwerber der Aktien T.G. war und dieser nicht geschädigt worden ist.

Ansprüche der Klägerin gegen den Beklagten aus unerlaubter Handlung scheitern aus den gleichen Gründen wie unter I. c) dargelegt.

Steuerberaterhonorar

- Mittelgebühr
 - Zeitgebühr eines Steuerfachgehilfen
 - Verjährungsunterbrechung
- (LG Aschaffenburg, Urt. v. 7.5.1998 – 2 S 289/97)

Leitsätze (d. Einsenders):

1. Der Ansatz einer „Mittelgebühr“ entspricht regelmäßig der Billigkeit.
2. Vorarbeiten für die Gewinnermittlung können mit der Zeitgebühr nach § 13 StBGebV abgerechnet werden, wenn der Steuerberater nicht die laufende Buchführung übernommen hat. Für eine Steuerfachangestellte ist ein Stundensatz von 80 DM angemessen.
3. Zur Verjährungsunterbrechung ist ausreichend, wenn vor Ablauf der Verjährungsfrist die Forderung gerichtlich geltend gemacht wird. Das Fehlen einer ordnungsgemäßen Rechnung nach § 9 Abs. 1 StBGebV stellt lediglich eine besondere Klagbarkeitsvoraussetzung dar, die bei Fehlen zur Abweisung einer Klage als „zur Zeit unbegründet“ (im Anschluß an OLG Köln, DStR 1990, 45) allerdings nicht dazu führt, daß die Unterbrechungswirkung einer eingereichten Klage verlorengeht. Ausreichend ist, daß zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung eine ordnungsgemäße Rechnung vorliegt.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers ist – mit Ausnahme eines Teils der Zinsforderung – begründet.

Der Kläger hat gegen die Beklagten als Gesamtschuldner gemäß den §§ 631, 632, 421 BGB i.V.m. der Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) Anspruch auf Zahlung von 8.530,58 DM gemäß seinen beiden Rechnungen vom 29.11.1996.

1. Das zwischen den Parteien zustande gekommene Vertragsverhältnis stellt einen **Werkvertrag** dar, weil der Kläger unstreitig nicht damit beauftragt war, die steuerlichen Belange der Beklagten auf Dauer wahrzunehmen, sondern nur **einzelne Steuererklärungen einschließlich der hierzu erforderlichen Vorarbeiten zu erstellen** hatte (s. Palandt/Thomas, BGB 56. Aufl., vor § 631 Rdnr. 18).

2. Aus diesem Vertragsverhältnis sind beide Beklagte verpflichtet, selbst wenn den Auftrag zur Erstellung der Steuererklärungen und der Vorarbeiten ausdrücklich nur der Beklagte zu 2) erteilt haben sollte.

Denn dieser hat dabei die Beklagte zu 1) vertreten und diese hat die Beauftragung jedenfalls dadurch genehmigt, daß sie die Einkommensteuererklärungen mitunterschieden und den Kläger am 23.2.1994 bevollmächtigt hat, sie vor den Finanzbehörden und Finanzgerichten zu vertreten (§§ 164 Abs. 1, 177 Abs. 1 BGB). Das gilt auch für die Erstellung der Gewinnermittlungen, die Umsatzsteuer- und Gewerbesteuererklärungen, weil diese Arbeiten auch für die Einkommensteuererklärungen von Bedeutung waren und sich die von beiden Beklagten am 23.2.1994 erteilte Vertretungsvollmacht auf „alle steuerlichen Angelegenheiten“ bezieht.

3. Die in den beiden Rechnungen vom 29.11.1996 vom Kläger verlangten Beträge – 4.240,62 DM für die Arbeiten für das Steuerjahr 1991 und 4.289,96 DM für die Arbeiten für das Steuerjahr 1992 – sind nicht zu beanstanden.

Der Kläger hält sich, soweit die StBGebV **Rahmengebühren** vorsieht (§§ 24, 25 StBGebV), innerhalb des vorgegebenen Rahmens. Er **überschreitet die jeweilige „Mittelgebühr“ in keinem Fall; zum Teil** (für die Erstellung der Gewerbesteuererklärungen nach dem Gewerbekapital) **verlangt er nur die Mindestgebühr**. Es ist deshalb nicht ersichtlich, daß er von dem ihm eingeräumten Ermessen bei der Bestimmung

der Gebühren (§ 11 StBGebV) in unbilliger Weise (§ 319 Abs. 1 BGB entsprechend) Gebrauch gemacht hat.

Soweit der Kläger eine **Zeitgebühr** verlangt (für die Vorarbeiten zur Gewinnermittlung), hat die Beweisaufnahme ergeben, daß die angesetzten Stunden nicht überhöht sind. Die Zeugin B. hat glaubhaft bekundet, daß sie für die Vorarbeiten zu den Gewinnermittlungen 23 Stunden (für das Steuerjahr 1991) und 24 Stunden (für das Steuerjahr 1992) benötigt hat. **Der vom Kläger verlangte Stundensatz von 80 DM hält sich im Rahmen des § 13 StBGebV; diese Bestimmung sieht eine Zeitgebühr von 30 bis 77,50 DM je angefangene halbe Stunde vor.**

4. Die Forderung des Klägers ist nicht verjährt.

a) Der Kläger hat die von ihm in Rechnung gestellten Arbeiten – wie sich aus seinen Rechnungen ergibt – im Jahre 1994 ausgeführt und beendet. **Seine Werklohnansprüche wurden deshalb im Jahre 1994 fällig** (§ 7 StBGebV). Die zweijährige Frist des § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB lief deshalb mit dem 31.12.1996 ab (§§ 198, 201 BGB; s. BGH, NJW 1997, 516). Sie wurde durch die am 31.12.1996 beim Amtsgericht O. eingereichten Mahnbescheidsanträge und die am 20.1.1997 zugestellten Mahnbescheide des Amtsgerichts O. vom 8.1.1997 unterbrochen (§ 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB, § 693 Abs. 2 ZPO).

b) **Der Umstand, daß zum Zeitpunkt der Einreichung der Mahnbescheidsanträge noch keine von dem Kläger unterschriebenen Rechnungen vorgelegen und den Beklagten zugegangen gewesen sein sollen** (§ 9 Abs. 1 StBGebV), **steht der Unterbrechung der Verjährungsfrist nicht entgegen**. Nach einhelliger Auffassung wird der Lauf der Verjährungsfristen nach § 209 BGB auch bei Erhebung einer unzulässigen Klage unterbrochen (v. Feldmann in: BGB-MK 2. Aufl., § 209 Rdnr. 14; Palandt/Heinrichs, a.a.O., § 209 Rdnr. 5 m.w.N.). **Nur bei einer unwirksamen Klage tritt keine Unterbrechungswirkung ein** (v. Feldmann, a.a.O., Rdnr. 12; Palandt/Heinrichs, a.a.O.).

Im vorliegenden Fall lag weder eine unwirksame noch eine unzulässige Klageerhebung vor. Die nach § 9 Abs. 1 StBGebV erforderliche Unterschrift unter der Rechnung eines Steuerberaters und die Mitteilung der Rechnung an den Auftraggeber stellen eine besondere Klagbarkeitsvoraussetzung dar (s. Hartmann, Kostengesetz 26. Aufl., § 18 BRAGO, Rdnr. 1 für die entsprechende Bestimmung in der BRAGO).

Das Fehlen dieser Klagbarkeitsvoraussetzung führt nur zur Abweisung einer Klage als „zur Zeit unbegründet“ (OLG Köln, Urt. v. 4.10.1989 - 2 U 13/89, DStR 1990, 45).

Selbst wenn man aber annehmen wollte, bei Nichtvorliegen der Klagbarkeitsvoraussetzung liege eine unzulässige Klage vor, würde dies dem Eintritt der Unterbrechungswirkung nicht entgegenstehen, weil **auch eine unzulässige Klage die Verjährung unterbricht** (s. hierzu Palandt/Heinrichs, a.a.O., Rdnr. 5, sowie LG Zweibrücken, NJW-RR 1996, 824 für die entsprechende Vorschrift des § 18 BRAGO).

5. Die besonderen Klagbarkeitsvoraussetzungen des § 9 Abs. 1 StBGebV liegen zwischenzeitlich unstrittig vor. Daß sie bei Zustellung der Mahnbescheide und damit bei Erhebung der Klage noch nicht vorgelegen haben, ist ohne Bedeutung, weil für die Frage der Begründetheit einer Forderung auf den Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung abzustellen ist. (...)

GI Hinweis

Finanzierungen, Ausschüttungen und Nutzungsüberlassungen im grenzüberschreitenden unternehmerischen Verkehr gehören zu den Standardproblemen der Steuerpraktika.

In einem von Haarmann herausgegebenen Band aus der Reihe „Forum der internationalen Besteuerung“ werden typische Probleme von fachkundigen Autoren abgehandelt. Anthonj zeigt in seiner Abhandlung „Konzernfinanzierung durch Finanzdienstleistungszentren im Ausland“, welche Bedeutung solche Dienstleistungszentren haben können. Beispielrechnungen werden insbesondere mit Blick auf die Standorte Niederlande, Belgien und Irland vorgenommen.

Bogenschutz setzt sich mit Ausschüttungen deutscher Kapitalgesellschaften an ausländische Gesellschafter auseinander. Breuninger befaßt sich mit dem in der Diskussion befindlichen Thema des Betriebsausgabenabzugs bei DBA-Schachtelbeteiligungen. Höppner erörtert das „treaty shopping“.

W. Haarmann (Hrsg.): Finanzierungen, Ausschüttungen und Nutzungsüberlassungen im internationalen Steuerrecht; Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1999, 210 Seiten, DIN A 5, 92,- DM, ISBN 3-504-61509-5

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-9

Abfindungsvergleich	
- Vorbehalt	99, 133, 192
Abschlußprüfung	
- Bilanzmanipulation	99, 218
- Dritthaftung	99, 218
- Gründungsprüfung	99, 225
Akteneinsicht	
- > durch Haftpflichtversicherer	99, 161
- Ermittlungsakten, StA	99, 161
Allgemeine Auftragsbedingungen	
- Dritthaftung	99, 218
- Einbeziehung	99, 218
Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	
- Honorarvereinbarung, Liquidator	
= Auslegung	99, 85
Amtspflichtverletzung	
- Rechtsberatung durch StB/WP	99, 161
Anerkenntnis	
- Verjährungsunterbrechung	
= Zukunftsschaden	99, 192
Anwaltsvertrag	
- RA und Aufsichtsrat	99, 33
- Zustandekommen des >	99, 33
Arglistseinwand	
- Schlichtungsklausel	99, 216
Aufsichtsrat	
- Anwaltstätigkeit des >	99, 33
Auskunftsvertrag	
- Zurechnungszusammenhang	
= Zeitablauf	99, 176
Belehrungspflicht des RA	
- >, baubegleitende	99, 6
Belehrungspflicht des StB/WP	
- Bilanzierungspflicht	
= Kleingewerbetreibender	99, 98
- Entnahme, steuerfreie,	
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG	99, 18
- Fehler des Vorberaters	99, 197
- Frist	
= Klage, aussichtslose	99, 186
- Investitionszulagenantrag	99, 50
- Kleingewerbetreibender	
= Bilanz, unnötige	99, 98
- Reinvestitionsrücklage	99, 171
- Vollverzinsung, § 233a AO	99, 199
Berichtigung, § 129 AO	
- Einnahme-/Überschußrechnung	99, 46
- USt-Vorauszahlung	99, 46
Berufspflichtverletzung	
- Mitteilung an Berufskammer	99, 158
Berufsverbot	
- > des RA	
= wg. Verteidigerpost	99, 75
Berufung	
- >, zweite	99, 12
Berufungsbegründung	
- Darlegungslast	99, 186
Berufungsbegründungsfrist	
- Antrag, mangelhafter	99, 116
- Fristenkontrolle	99, 113, 117
- Verlängerungsantrag, erster	99, 83
- Wiedereinsetzung	99, 83

Berufungsfrist		
- Parteibezeichnung	99, 32	
Berufungsschrift		
- Auslegung der >	99, 32	
- Falschbezeichnung, erkennbare	99, 32	
Beschlagnahmebeschuß		
- Bestimmtheit	99, 203	
- Bilanzen etc.	99, 203	
Betrug		
- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung	99, 24	
Beweislast		
- Anscheinsbeweis		
= Rechtsauffassung des FA	99, 147	
- Betriebsprüfungsbericht	99, 147	
- Honorarrückforderung	99, 39	
- Sitzungsprotokoll	99, 73	
- Vergleichsinhalt	99, 73	
Buchführungsauftrag		
- Belehrungspflichten		
= Auslandsrechnung, § 51 UStDV	99, 211	
- Neuerstellung		
= Darlegungslast	99, 197	
- Vorkontierung des Mandanten	99, 211	
Darlegungslast		
- Buchführung, Neuerstellung	99, 197	
- Nachbesserung	99, 197	
Dritthaftung		
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		
= Allgemeine Auftragsbedingungen	99, 218	
= Auskunft	99, 176	
= Bilanzmanipulation	99, 218	
= Dritte, Kreis der >	99, 218	
= Finanzierungsmaßnahme, konkrete	99, 218	
= Kreditgeber	99, 218	
Entnahme		
- >, steuerfreie,		
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG	99, 18	
Erhaltungsmodell		
- Steuervorteile	99, 138	
Finanzgerichtsordnung		
- Vorbringen, verspätetes, § 79b Abs. 2 FGO		
= Unterlagen beim Konkursverwalter	99, 24	
Firma		
- Zusatz „und Partner“	99, 49	
Fristenkontrolle		
- Berufungsbegründungsfrist	99, 113, 116, 117	
- Bote	99, 29	
- Empfangsbekanntnis	99, 25	
- Fristenkontrollbuch		
= Erledigungskontrolle	99, 12	
= >, EDV-gestütztes	99, 113	
= Fristverfügung, Klebezettel	99, 83	
= Organisationsanweisung	99, 61, 112	
= Organisationsverschulden,		
Klebezettel	99, 83	
= Streichung der Frist	99, 28	
- Fristversäumnis, unverschuldetes		
= Anweisung		
- > an Bürokraft	99, 12, 61, 112	
- Klebezettel	99, 83	
= Beförderung der Post		
- > durch Mitarbeiter	99, 29	
= Brief an unzuständiges Gericht	99, 4	
= Empfangsbekanntnis,		
= Unterzeichnung des >	99, 12	
= Verkehrsstau	99, 141	
= Verschuldensmaßstab	99, 141	
= Wartepflicht des Gerichts	99, 141	
= Weiterleitung durch Gericht	99, 4	
- Kanzlei, gemischte	99, 117	
- Organisationsanweisung		
= Anruf des Gerichts	99, 30	
= EDV-Kontrollausdruck	99, 113	
= Faxnummer, falsche	99, 61	
= Fristenkontrollbuch	99, 61, 112	
= Gerichtspost	99, 28	
- Telefax		
= Nummer, falsche	99, 61	
- Vorfrist	99, 170	
Gesamtschuld/-schuldner		
- Verkehrs- und Prozeßanwalt	99, 124	
Gewinnermittlung		
- Wahl der Art der >	99, 66	
GI Aktuell		
- Aktivierung, Gewinnansprüche	99, 81	
- Antragsunterschrift, InvZul		
= Telefax	99, 81	
- Berufspflichtverletzung		
= Mitteilung an Berufskammer	99, 158	
- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung		
= Folgen	99, 60	
- Einkommensteuertarif	99, 132	
- Existenzminimum	99, 54	
- Fristversäumnis, Verkehrsstau	99, 4	
- Gewerbebeertragsteuer	99, 28	
- Haushaltsfreibetrag		
= bei Ehegatten	99, 54	
- Kinderbetreuungskosten		
= bei Ehegatten	99, 54	
- Kinderfreibeträge	99, 58	
- Kündigungsfrist		
= Insolvenz (Konkurs)	99, 185	
- Lebensversicherung		
= Vertragsänderung	99, 107	
- Lohnsteuer		
= ArbG-Beiträge, Gruppenversicherung	99, 184	
= Trinkgelder	99, 108	
- Restitutionsklage, Anmeldefrist	99, 2	
- Schriftformerfordernis		
= Urkunde, Anlagen	99, 184	
- Schuldzinsen, private	99, 4	
- Schuldzinsenabzug, Baudarlehen	99, 81	
- Telefax		
= Unterschrift	99, 81	
= Vergütung, Urheberrechtliche	99, 82	
- Telefonwerbung	99, 106	
- Versicherungsbedingungen		
= Anpassungsklausel	99, 107	
= Zinsbesteuerung verfassungsgemäß	99, 80	
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR	99, 2	
GmbH		
- Auflösung		
= Gründungsgesellschaft	99, 174	
- Bareinlageverpflichtung	99, 20	
- Geschäftsführer		
= Einlagebestätigung	99, 20	
Gründungsprüfung		
- Bewertungsfehler	99, 225	
Hilfeleistung in Steuersachen		
- siehe unter Steuerberatungsgesetz		
Honoraranspruch des RA		
- Belehrungspflicht über >	99, 33	
- Einforderbarkeit, Fälligkeit	99, 33	
- Honorarvereinbarung		
= Auslegung	99, 85	
- Liquidator	99, 85	
- Rechtsbeistandstätigkeit	99, 33	
- Rechtsberatung, telefonische	99, 203	
- Zeitvergütung, Einziehung	99, 203	
Honoraranspruch des StB/WP		
- Abschlagszahlungen		
= Verrechnung	99, 64	
- Änderung der Rechnung		
= > im Gebührenrechtsstreit	99, 71	
- Bereicherung, ungerechtfertigte	99, 174	
- Bereicherungsanspruch	99, 39	
= > des Mandanten	99, 125	
(s. auch Rückforderungsanspruch, § 812 BGB)		
- Bestimmungsrecht, § 315 BGB	99, 39	
- Betriebsprüfung	99, 196	
- Bilanz, unnötige	99, 98	
- Buchführung		
= Abstimmung	99, 151	
= Einrichten der >, §§ 32, 13 StBGebV	99, 71	
= Rahmensatz	99, 71	

- Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71	
- Überschußrechnung, § 33 StBGebV	99, 66	
- Verprobung	99, 151	
- DATEV-Gebühren	99, 151	
- Ehegattenveranlagung		
= Erhöhungsgebühr, § 6 StBGebV	99, 204	
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		
= Einzelangaben, nachträgliche	99, 71	
- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV	99, 39	
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	99, 42	
- Fristverlängerungsantrag	99, 204	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		
= Bestimmungsrecht, Festlegung	99, 39, 64	
= Buchführung	99, 71	
= Darlegungslast	99, 66	
= Gegenstandswert, falscher	99, 204	
= Lohnbuchhaltung	99, 71	
= Mittelgebühr	99, 229	
- > gg. Kommanditisten	99, 194	
- Kleingewerbetreibender	99, 98	
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV		
= Rahmensatz	99, 71	
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		
= Vereinbarung, unwirksame	99, 64	
- Rechnung, fehlerhafte		
= Nachbesserung	99, 39	
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	99, 125	
- Schlechtleistung	99, 125	
- Tätigkeit, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71	
- Unternehmensberatung	99, 193	
- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15	99, 42	
- Vorschuß		
= Rückzahlung des >	99, 174	
- Wirtschaftsberatung	99, 193	
- Zeitgebühr/-honorar		
= Angaben, § 13 StBGebV	99, 42	
= Betriebsprüfung	99, 196	
= Einrichten der Buchführung	99, 71	
= Ermittlungsverfahren	99, 39	
= Mittelgebühr	99, 71, 196	
= Steuerfachgehilfe	99, 229	
= Tätigkeiten, sonstige, § 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71	
= Vorarbeiten für Steuererklärung	99, 229	
Immobilienverkauf		
- Beratungsvertrag	99, 138	
- Berechnung der Steuervorteile	99, 138	
Internet		
- Werbeverbot		
= Gästebuch	99, 185	
Investitionszulage		
- Auftrag zur Beantragung der >	99, 50	
- Betriebsvorrichtung	99, 50	
- Ladeneinbau	99, 50	
- Unterschrift	99, 81	
Kausalität		
- Information des Mandanten	99, 43	
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden		
= Entscheidung des Gerichts	99, 69	
= § 6b EStG - Beratung	99, 171	
= Verhalten, beratungskonformes	99, 91, 171	
- Unterbrechung der >		
= Rechtsanwalt, neuer	99, 44	
- Zurechnungszusammenhang		
= Zeitablauf	99, 176	
Klageauftrag		
- Belehrung über Fristen		
= Aussichtslosigkeit	99, 186	
Kommanditgesellschaft		
- Kommanditist		
= Einlage, Rückzahlung	99, 194	
= Haftung	99, 194	
Kostenerstattung		
- RA-Honorar, Straßenneubau	99, 203	
- StB-Kosten	99, 18	
Liquidator		
- Honorar		
= Sondervergütung	99, 85	
Mandatsniederlegung		
- Fristenlauf	99, 29	
- Mitteilungspflicht	99, 29	
Mitverschulden		
- Bareinlage, GmbH	99, 20	
- Fristüberwachung	99, 199	
- Informationen an RA		
= > durch Mandanten	99, 108	
- Informationen an StB	99, 43	
- Prüfungspflicht des Mandanten	99, 25	
- Steuererklärung		
= Zinserträge	99, 25	
Nachbesserung		
- Darlegungslast	99, 197	
- Kosten der >	99, 197	
- Rechnung, fehlerhafte	99, 39	
- Schaden	99, 125	
Notar		
- Belehrungspflichten		
= Vorleistungen, ungesicherte	99, 91	
- Löschungsurkunde	99, 161	
- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO		
= Löschungsurkunde, Treuhandaufgabe	99, 161	
- Vorleistungen, ungesicherte		
= Grundstück an Liebhaber	99, 91	
Praxisveräußerung		
- Arglistseinwand	99, 216	
- Schlichtungsklausel	99, 216	
Prozeßvollmacht		
- BGB-Gesellschaft	99, 49	
Rechtsanwalt		
- Belehrungspflicht		
= Vergütungsanspruch	99, 33	
- Beratungspflichten		
= Bauvertrag	99, 6	
- Grundsatz des sichersten Weges	99, 124	
- Kündigungsschutzklage		
= Sachverhaltsaufklärung	99, 108	
= zwei Kündigungserklärungen	99, 108	
- Liebhaberei	99, 26	
- > und Steuerberater		
= Kammerbeitrag	99, 213	
- Sachverhaltsermittlung	99, 108	
- Syndikus		
= Berufsfreiheit	99, 134	
= Mandatsvertrag, nichtiger	99, 134	
= Tätigkeitsverbot	99, 134	
- Tätigkeitsschwerpunkt		
= Forderungseinzug	99, 100	
- Untätigkeit	99, 44	
- Versicherungsmandat	99, 44, 192	
- Verkehrs-/Prozeßanwalt	99, 124	
- Vertreter		
= Rechtsmittelschrift	99, 115	
= >, amtlich bestellter	99, 115	
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		
- Amtspflichtverletzung wg. >	99, 161	
= > durch Wirtschaftsprüfer, Art. 1 § 5 Nr. 2 RBERG		
= Vertragsberatung	99, 50	
= >, telefonische		
= Zeitvergütung, Einziehung	99, 203	
- Unternehmensberatung	99, 185, 193	
- Wirtschaftsberatung	99, 193	
Rechtsmittel		
- Gerichtssentscheidung		
= Form, falsche	99, 61	
= Meistbegünstigungsgrundsatz	99, 61	
= >, einheitliches	99, 12	
= >, wiederholtes	99, 12	
Rechtswidrigkeitszusammenhang		
- Zeitablauf	99, 176	
Schaden		
- Eigentumswohnung	99, 16	
- Honorar an StB	99, 125	
- Kalkulationsschaden, USt	99, 22	
- Kosten des StB	99, 18	

- Nachbesserungskosten	99, 125	Verjährungsunterbrechung	
- Prozeßverlust	99, 69	- Klage, unzulässige	99, 229
- Schadenbetrachtung, konsolidierte		- Rechnung, verzögerte	99, 229
= Eigentumswohnung	99, 16		
- Sozialversicherungsbeiträge	99, 119	Versäumnisurteil	
- Sozialversicherungshaftung	99, 119	- >, zweites	99, 12
- Steuerzinsen	99, 147	- Wartepflicht des Gerichts	99, 141
- Umsatzsteuer	99, 22		
- Verzugsschaden	99, 69	Versicherungsberatung	
- Zinsschaden		- Rechtsanwalt	
= Berechnung, abstrakte	99, 161	= Brandschaden	99, 44
Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB		= Kfz.-Schaden	99, 192
- Auskunft	99, 176	- Verjährung, §§ 852 BGB, 14 StVG, 3 PflVG	99, 192
- Zurechnungszusammenhang		Versicherungsschutz	
= Zeitablauf	99, 176	- Abfindung unter Vorbehalt	99, 133
Schlichtungsklausel		- Akteneinsicht	
- Praxisveräußerung	99, 216	= Ermittlungsakten, StA	99, 161
Sozialrecht		- Rechtsschutzversicherung	
- Beratung durch StB/WP	99, 119	= Kostenhöhung, unnötige	99, 48
Sozietät		= Obliegenheitsverletzung	99, 48
- >, überörtliche		- Verjährung	99, 133
= Rechtsanwalt	99, 75	- Vertrauensschadenversicherung	99, 133
= Zweigstellenverbot	99, 75	Verspätungszuschläge	
Steuerberater		- Verzugsschaden	99, 69
- > und Rechtsanwalt		Vertrauensschadenversicherung	
= Kammerbeitrag	99, 213	- Verschulden des Geschädigten	99, 133
- Wechsel des >	99, 147	Verzug	
Steuerberaterkammer		- > des Steuerberaters	99, 69
- Berufspflichtverletzung, Mitteilung an >	99, 158	Vollmacht	
Steuerberatungsgesetz		- Anscheinsvollmacht	99, 26
- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen		- Rechtsbehelfsverfahren	99, 26
= Sozialversicherungsberatung	99, 119	Vollverzinsung, § 233a AO	
Steuerberatungsvertrag		- Belehrung, Vermeidungsstrategie	99, 199
- Investitionszulagenantrag	99, 50	- Mitverschulden	99, 199
- Kreditvermittlung	99, 15	Vorteilsausgleichung	
- Nachbesserungsrecht	99, 197	- Steuerzinsen, § 233 AO	99, 147
- Regreß gg. Vorberater	99, 197	Werbeverbot	
- Sozialversicherungsberatung	99, 119	- Internet	99, 185
- Zustandekommen des >		- Leistungsbeschreibung	99, 75
= Abschluß, stillschweigender	99, 15	- Notar	
= > mit Mitarbeiter	99, 22	= Briefbogen, Farbe	99, 100
Steuerbescheid		- Praxisbroschüre	99, 75
- Übersendungsart	99, 43	- Qualitätswerbung	99, 203
Steuererklärung		- Selbstdarstellung, erlaubte	99, 24
- Abgabe, rechtzeitige	99, 69	- Sozietät, gemischte	99, 24
Umsatzsteuer		- Telefonberatung	99, 203
- Auslandsrechnung		Wettbewerb, unlauterer	
= Leistungsempfänger deutsch	99, 211	- Qualitätswerbung	99, 203
= Mehrwertsteuerausweis, offener	99, 211	- Telefonauskunft	99, 203
Unternehmensberater		- Unterlassungsanspruch	
- Rechtsberatung	99, 185	= > gg. Sozietät	99, 203
Unterschrift		Wettbewerbsverbot	
- Wiedereinsetzung	99, 5	- Sittenwidrigkeit	99, 101
Ursachenzusammenhang		- >, nachvertragliches	99, 101
- siehe unter Kausalität		Wiedereinsetzung	
Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 5 BGB		- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)	
- Rechnung, verzögerte	99, 229	- Unterschrift	99, 5
- Unterbrechung der >	99, 229	- Vertrauensschutz	99, 5
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO		Wirtschaftsberatung	
- Kenntnis des Ersatzpflichtigen		- Rechtsberatung	99, 193
= Ausschluß anderweitiger Ersatz-		Wirtschaftsprüfer	
möglichkeit	99, 188	- Ersatzanspruch	
- Verjährungsbeginn		= >, abgetretener	99, 161
= Ersatzmöglichkeit, anderweitige	99, 161, 188	= > wg. Amtspflichtverletzung	99, 161
Verjährung, § 51b BRAO		- WP-Gesellschaft	
- Belehrung über Fehler und Verjährungs-		= Niederlassungsleiter	99, 100
vorschrift, Sekundäranspruch		Zinsschaden	
= Anlaß zur Belehrung	99, 161	- Berechnung, abstrakte	99, 161
= Kenntnis des Fehlers und Verjährungs-		Zugang	
vorschrift	99, 161	- Übersendungsart	99, 43
= Mandant, Volljurist	99, 161	Zweigstellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO	
= RA, neuer	99, 161		99, 75
		BVerfG v. 24.7.1997 - 1 BvR 1863/96	99, 100
		= WPK-Mitt 97, 317	
		BVerfG v. 20.10.1998 - 1 BvR 1730/98	99, 2

BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1057/91	99, 54	OLG Jena v. 4.8.1998 - 8 U 391/98	99, 176
BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvL 42/93	99, 58	OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 - 18a U 12/94, rkr.	99, 50
BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1852/53/97	99, 58	nach Rücknahme der Revision unter Az. IX ZR 22/95	
BVerfG v. 17.11.1998 - 1 BvL 10/98	99, 28	OLG Koblenz v. 28.10.1997 - 4 O 759/97	99, 50
BVerfG v. 26.11.1998 - 1 BvR 2069/98	99, 2	OLG Koblenz v. 18.6.1998 - 5 U 1653/97	99, 193
BGH v. 21.4.1997 - II ZB 14/96	99, 49	OLG Köln v. 29.7.1998 - 6 U 66/98	99, 203
= WPK-Mitt 97, 244		= BRAK-Mitt 99, 43	
BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96	99, 100	OLG Köln v. 6.8.1998 - 18 U 293/98	99, 43
= WPK-Mitt 97, 322		OLG München v. 15.12.1997 - 1Z RR 338/96	99, 44
BGH v. 14.7.1997 - II ZR 238/96	99, 101	= AnwBl 98, 608	
= WM 97, 1707		OLG München v. 27.2.1998 - 21 U 4491/97	99, 124
BGH v. 19.12.1997 - 2 StR 420/97	99, 24	= AnwBl 98, 608	
= wistra 98, 177		OLG München v. 21.7.1998 - 5 U 5920/976	99, 192
BGH v. 17.2.1998 - 1 StR 5/98	99, 24	= AnwBl 98, 609	
= wistra 98, 179		OLG Nürnberg v. 18.12.1996 - 4 U 3322/96	99, 161
BGH v. 2.4.1998 - I ZR 4/96	99, 75	= RBeistand 98, 29	
= AnwBl 98, 604		OLG Nürnberg v. 23.3.1999 - 3 U 3977/98	99, 185
BGH v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97	99, 33	= OLG-Report 99, 199	
BGH v. 16.7.1998 - VII ZR 409/97	99, 12	LG Aschaffenburg v. 7.5.1998 - 2 S 289/97	99, 229
BGH v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98	99, 32	LG Bonn v. 13.5.1998 - 5 S 199/97	99, 18
BGH v. 30.7.1998 - III ZB 7/98	99, 12	LG Chemnitz v. 15.1.1999 - 5 Qs 2/99	99, 203
BGH v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98	99, 30	= wistra 99, 154	
BGH v. 10.9.1998 - II ZB 21/98	99, 29	LG Düsseldorf v. 9.6.1998 - 7 O 364/97	99, 125
BGH v. 17.9.1998 - I ZB 33/98	99, 117	LG Frankfurt/O. v. 30.9.1998 - 13 O 154/98, rkr.	99, 147
BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 237/97	99, 85	LG Freiburg v. 30.9.1997 - StL 1/97	99, 75
BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 291/97	99, 6	= WPK-Mitt 98, 337	
BGH v. 28.9.1998 - II ZB 19/98	99, 5	LG Krefeld v. 10.1.1997 - 1 S 115/96, rkr.	99, 98
BGH v. 30.9.1998 - IV ZR 323/97	99, 133	LG Leipzig v. 9.3.1998 - 6 Qs 160/97	99, 161
= NVersR 99, 44		= RBeistand 98, 70	
BGH v. 8.10.1998 - VII ZB 21/98	99, 116	LG Lüneburg v. 26.8.1997 - 3 O 402/96, rkr.	99, 20
BGH v. 12.10.1998 - II ZB 11/98	99, 113	LG Marburg v. 14.10.1998 - 5 S 14/98, rkr.	99, 22
BGH v. 22.10.1998 - VII ZB 15/98	99, 115	BAG v. 16.6.1999 - 4 AZR 191/98	99, 185
BGH v. 27.10.1998 - X ZB 20/98	99, 112	AG Bremen v. 19.8.1998 - 25 C 0146/98	99, 48
BGH v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98	99, 61	AG Duisburg-Hamborn v. 28.10.1997 - 7 C 698/97	99, 151
BGH v. 11.11.1998 - VIII ZB 24/98	99, 83	AG Kassel v. 24.8.1998 - 415 C 5461/97, rkr.	99, 199
BGH v. 18.11.1998 - VIII ZR 344/97	99, 216	AG Neuss v. 21.8.1998 - 39 C 282/96	99, 204
BGH v. 19.11.1998 - IX ZR 152/98	99, 4, 141	= StB 99, 61 m. Anm. Späth	
BGH v. 27.11.1998 - V ZR 344/97	99, 138	BFH v. 15.10.1996 - VII B 119/96	99, 24
BGH v. 10.12.1998 - IX ZR 358/97	99, 171	= BFH/NV 97, 514	
BGH v. 17.12.1998 - VII ZB 19/98	99, 83	BFH v. 31.10.1996 - VIII B 11/96	99, 25
BGH v. 25.1.1999 - AnwZ (B) 48/98	99, 213	= BFH/NV 97, 459	
BGH v. 28.1.1999 - I ZR 208/96	99, 82	BFH v. 8.11.1996 - VII R 89/96	99, 4
BGH v. 11.2.1999 - IX ZR 14/98	99, 108	= BFH/NV 97, 492	
BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 384/97	99, 134	BFH v. 28.11.1996 - XI R 76/95	99, 4
BGH v. 25.2.1999 - IX ZR 30/98	99, 188	= BFH/NV 97, 497	
BGH v. 9.3.1999 - VI ZB 3/99	99, 170	BFH v. 4.12.1996 - IV B 51/96	99, 26
BGH v. 11.3.1999 - III ZR 156/98	99, 203	= BFH/NV 97, 500	
BGH v. 16.3.1999 - XI ZR 76/98	99, 106	BFH v. 12.2.1997 - X B 146/96	99, 26
BGH v. 17.3.1999 - IV ZR 218/97	99, 107	= BFH/NV 97, 542	
BGH v. 15.4.1999 - IX ZR 328/97	99, 161	BFH v. 10.3.1997 - V R 63/96	99, 49
BGH v. 22.4.1999 - IX ZR 112/98	99, 211	= BFH/NV 97, 770	
BGH v. 11.5.1999 - IX ZR 298/97	99, 186	BFH v. 13.3.1997 - III B 135/96	99, 28
BGH v. 30.6.1999 - XII ZR 55/97	99, 184	= BFH/NV 97, 773	
OLG Dresden v. 9.2.1998 - 17 U 267/97	99, 73	BFH v. 13.3.1997 - III B 185/96	99, 28
OLG Dresden v. 9.6.1998 - 14 U 3245/97	99, 24	= BFH/NV 97, 773	
= BRAK-Mitt 98, 235		BFH v. 22.4.1998 - XI R 10/97	99, 26
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 - 13 U 281/93	99, 16	= NJW 98, 2471	
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 - 13 U 225/96	99, 15	BFH v. 27.10.1998 - IX R 44/95	99, 81
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 - 13 U 25/97	99, 64	BFH v. 27.10.1998 - IX R 19/96 + 29/96	99, 81
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 - 13 U 32/97	99, 66	BFH v. 26.11.1998 - IV R 52/96	99, 81
OLG Düsseldorf v. 8.1.1998 - 13 U 8/97	99, 197	BFH v. 15.12.1998 - VIII R 6/98	99, 80
OLG Düsseldorf v. 26.2.1998 - 13 U 61/97	99, 119	BFH v. 17.12.1998 - III R 87/96	99, 81
OLG Düsseldorf v. 5.3.1998 - 13 U 84/97	99, 174	BFH v. 19.2.1999 - VI R 43/95	99, 108
OLG Düsseldorf v. 26.3.1998 - 13 U 63/97	99, 196	BFH v. 16.4.1999 - VI R 60/96 + 66/97	99, 184
OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 - 13 U 86/96	99, 39	BFH v. 18.5.1999 - III R 46/97	99, 210
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 - 13 U 151/97	99, 42	FG Berlin v. 20.11.1998 - 8 K 8072/97	99, 46
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 - 13 U 154/97	99, 194	FG Brandenburg v. 10.11.1993	99, 50
OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 - 13 U 164/97	99, 69	- 2 K 154/92 I	
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 - 13 U 231/97	99, 71	Schleswig-Holst. Amtsgerichtshof	
OLG Düsseldorf v. 15.12.1998 - 24 U 27/98, n.rkr.	99, 218	v. 19.6.1998 - 2 AGH 4/98	99, 75
OLG Frankfurt v. 5.11.1998 - 6 U 130/98	99, 203	= AnwBl 98, 605	
= EWIR 99, 161, Anm. Henssler		VG Sigmaringen v. 4.12.1997 - 8 K 268/96	99, 100
OLG Frankfurt v. 19.2.1999 - 24 U 85/97	99, 185	= WPK-Mitt 98, 351	
= OLG-Report 99, 179		OFD Frankfurt v. 5.11.1998 - S 0824 A-2-St II 41	99, 158
OLG Hamm v. 21.3.1997 - 25 U 110/96	99, 25		
= NWB Fach 30, 1127			
OLG Hamm v. 14.9.1998 - 6 U 48/98	99, 133		
= OLG-Report 99, 69			
OLG Hamm v. 21.10.1998 - 25 U 95/97	99, 225		

Berufsrecht • Bindungswirkung des Strafbefehls? (BGH);
Fristenkontrolle • Weisung an Fachkraft • Wiedereinsetzungsantrag • Sachvortrag (BGH);
Steuerberaterhonorar • Einforderbarkeit • Unterschrift (AG Dortmund);
Steuerberaterhonorar • Gerichtsstand • Zuständigkeitsbestimmung (OLG Hamm);
Steuerberaterhonorar • Zinsschaden • Darlegung (OLG Düsseldorf);

Steuerberaterhaftung • Fördergelder • Mandatsumfang • Lohnsteuereinbehalt (LG Berlin);
Notarhaftung • Belehrung über Steuer- und Subventionsfragen • Eigenheimzulage (LG Osnabrück);
Steuerberaterhonorar • Rückforderungsanspruch (OLG Düsseldorf);
Steuerberaterhaftung • Verschulden • Verjährungsbeginn (OLG Düsseldorf)
und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind.



BEIHEFTER:

Eine Krankentagegeldversicherung schützt Sie vor finanziellen Einbußen bei krankheits- oder unfallbedingter Arbeitsunfähigkeit, eine Berufsunfähigkeitsrente bei einer Berufsunfähigkeit. Auf den ersten Blick erscheinen die, zwei Risiken Arbeits- und Berufsunfähigkeit mit einer Krankentage-

geld- und einer Berufsunfähigkeitsversicherung umfassend abgesichert, in der Praxis sieht das vielfach ganz anders aus. Die neue Fair-Police, eine kombinierte Versicherungslösung für Krankentagegeld und Berufsunfähigkeitsrente ist die Lösung für dieses Problem.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-40 70
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.